Forschungs-Praxis-Projekt
Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Erster Zwischenbericht

Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.

Gefördert durch: Bundesministerium des Innern aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Europa fördert Asyl-, Migrations-, Integrationsfonds

Europäische Union

WIR Hessen

Fachliche Begleitung: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

DStGB Deutscher Städte- und Gemeindebund

Impressum

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
D-10969 Berlin

Autorinnen und Autoren:
Dr. Bettina Reimann (Projektleitung)
Telefon: +49 30 39001-191
E-Mail: reimann@difu.de
Internet: www.difu.de

Gudrun Kirchhoff
Ricarda Pätzold
Wolf-Christian Strauss

Redaktion:
Klaus-Dieter Beißwenger

Grafik und Layout:
Steffi Greiner

© Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu)

Berlin, März 2016

Inhalt

Vorbemerkung 5
1. Zusammenfassung: Projektidee „kompakt“ 5
2. Projekthintergrund: Ausgangslage und Herausforderungen 5
3. Projektziele 7
4. Forschungskonzept, methodisches Vorgehen, Projektumsetzung 8
   4.1 Projektbausteine 9
   4.2 Stand der Umsetzung 10
   4.3 Weiteres Vorgehen 13
5. Besonderheiten der Projektkommunen 13
Literatur 19

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Raum- und siedlungsstrukturelle Merkmale der Projektkommunen 14
Tabelle 2: Sozioökonomische Rahmenbedingungen in den Projektkommunen 15
Tabelle 3: Demografische Entwicklung 16
Tabelle 4: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2011, Top 3-Herkunftsländer (Anteil in Prozent) 17
Tabelle 5: Integrationspolitische Strukturen in den Projektkommunen 18

Anhang

1. Teilnehmende Projektkommunen – Profile
2. Projektbeirat: Mitglieder
3. Zeitplan – Meilensteine

Vorbemerkung

Seit Juli 2015 bearbeitet das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) das Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“. Kooperationspartner des auf drei Jahre angelegten Projekts sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB). Das Projekt wird finanziell unterstützt durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, Projektfördermittel des BAMF und das Förderprogramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration.

1. Zusammenfassung: Projektidee „kompakt“

Im Zentrum des Forschungs-Praxis-Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ stehen Klein- und Mittelstädte im eher ländlich geprägten Raum, deren Innenstädte Funktionsverluste und einen vergleichsweise hohen Zuwandereranteil aufweisen. Ziel des Projektes ist es, durch eine auf die Potenziale der Zuwanderer ausgerichtete Migrations- und Integrationspolitik und gemeinsame Identitätsbildungsprozesse die Integration in den innerstädtischen Wohnbereichen zu verbessern sowie die gesellschaftliche Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu stärken. Das Projekt richtet sich sowohl an die Zuwanderer – insbesondere Drittstaatenangehörige – als auch an die Aufnahmegesellschaft. Ein besonderer Fokus liegt auf den Bewohnerinnen und Bewohnern der Innenstadtbereiche, die die Integration vor Ort leben. Darüber hinaus stehen Kommunalverwaltung und kommunale Politik im Zentrum der Betrachtung, da sie die Rahmenbedingungen setzen und durch ihr Handeln Prozesse der Integration befördern können. Hierbei soll darauf hingewirkt werden, integrations- und stadtentwicklungspolitische Handlungsansätze zu verknüpfen. Im Zusammenspiel von baulich-infrastrukturellen und sozial-integrativen Maßnahmen und unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure werden positive Entwicklungsimpulse für das Zusammenleben und die städtische Identität erwartet. In das Forschungsprojekt sind bundesweit neun ausgewählte Projektkommunen einbezogen, die modellhaft für die Situation in den Klein- und Mittelstädten der ländlich strukturierten Regionen stehen.

2. Projekthintergrund: Ausgangslage und Herausforderungen

Die Themen Zuwanderung, Integration und Stadtentwicklung werden häufig im Zusammenhang mit Großstädten diskutiert. Denn dort sind Zuwanderer angesichts ihrer Anzahl sichtbarer und die mit der Zuwanderung verbundenen Problemlagen akuter, ist die kommunale Integrationspolitik vielerorts etabliert, und die alltägliche Praxis der Integration wird von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft gelebt. Großstädte gelten gegenüber Kleinstädten als vielfältiger und häufig auch als lebendiger. Zwar haben sich auch im ländlichen Raum in den letzten Jahrzehnten Zuwanderer angesiedelt, doch aufgrund ihrer geringeren Anzahl sind sie weniger im Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit. Im Zuge des demografischen Wandels (kurzgefasst: „wir werden weniger, älter, bunter“, Hollbach-Grömig 2003, S. 41 f.) verändert sich die soziale und kulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung in Klein- und Mittelstädten; Vielfalt gewinnt auch dort ein Profil (vgl. Schader-Stiftung 2011 und 2014). In Mittelstädten zwischen 20.000 und 50.000 EW hat mittlerweile jeder fünfte Einwohner, in Kleinstädten zwischen 10.000 und 20.000 EW etwa jeder sechste Einwohner einen Migrationshintergrund (vgl. Statistisches Bundesamt 2015). Diese Entwicklung stellt das Zusammenleben und die Teilhabechancen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in

Klein- und Mittelstädten vor neue Herausforderungen und bietet gleichzeitig Chancen für deren perspektivische Weiterentwicklung.

Bedeutung der Innenstadt

Eine herausragende Bedeutung nehmen die Innenstädte und Ortszentren als Kristallisationspunkte des gesellschaftlichen Lebens ein. Als zentrale Orte begünstigen sie das Aufeinandertreffen von Menschen verschiedener Kulturen und Lebenslagen, tragen zu einer Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit „ihrer" Stadt bei und verfügen über ein erhebliches Integrationspotenzial. Im Vergleich zu den Großstädten hat die Wohnfunktion der Zentren in den Klein- und Mittelstädten eine weitaus größere Bedeutung. Wenngleich das Wohnen von Zuwanderern in Kleinstädten weniger segregiert ist als in Großstädten, sind doch Schwerpunktbereiche zu erkennen. Dies sind vor allem die Altstadtkerne und Siedlungen in Stadtrandlage, entweder die Einfamilienhausgebiete oder die meist in Einfachbauweise entstandenen Mehrfamilienhaussiedlungen der Nachkriegszeit. Während (Spät-)Aussiedler eher Stadtrandlagen als Wohnstandorte präferieren, sind es zumeist die Zuwanderer der Gastarbeitergeneration und ihre Nachkommen, die in den Innenstadtlagen wohnen (vgl. Zdrojewski/Schirner, 2005, S. 75 ff. und Söhn/Schönwälder 2007, S. 73 ff.). Dort sind die Wohnungen in den Altbauensembles bei niedrigem Standard meist günstig.

In den Kleinstädten gilt die Innenstadt als Aushängeschild, sie ist „die gute Stube" der kleinstädtischen Gesellschaft, insbesondere bei gut erhaltenen historischen Zentren. Gleichwohl kämpfen Kleinstädte sowohl mit Funktionsverlusten (a) als auch mit dem Problem, dass das Wohnen in historischen Altbauten an Attraktivität verliert (b):

a) Leerstände bei Gewerbe und Wohnen sind in vielen Innenstadtbereichen der Kleinstädte zu beobachten. Die Gewerbeeinheiten sind oft zu klein für die Anforderungen z.B. der Discounter; Spezialgeschäfte können sich aufgrund der Konkurrenz von großen Einzelhandelszentren „auf der grünen Wiese" häufig nicht halten. Über die Städtebauförderung (Programme wie Soziale Stadt, Städtebaulicher Denkmalschutz, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Stadtumbau Ost und Stadtumbau West) wurden viele der Innenstadtbereiche revitalisiert und haben an Lebendigkeit gewonnen. Dieser Prozess der langfristigen und nachhaltigen Stärkung der Innenstädte ist noch nicht abgeschlossen. Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass positive Effekte nicht allein durch städtebauliche Maßnahmen herbeigeführt werden können, sondern dann besonders erfolgreich sind, wenn sie durch sozialintegrative Maßnahmen und Projekte flankiert werden.

b) Das Wohnen in den historischen Altbauten hat insbesondere in den Innenstädten der Klein- und Mittelstädte an Attraktivität verloren: Ungünstige Wohnungsgrundrisse, das Fehlen zu den Häusern gehöriger privater Freiflächen, Nutzungskonflikte durch Handel und Tourismus, Stellplatzprobleme sowie hoher baulicher Erhaltungsaufwand – auch durch die Anforderungen des Denkmalschutzes – tragen dazu bei, dass die angestammte Bewohnerschaft vermehrt in neu geschaffene Eigenheim- und Mietwohngebiete am Stadtrand zieht bzw. bereits gezogen ist. In die freiwerdenden, weniger nachgefragten innerstädtischen Altbauwohnungen zogen und ziehen Bewohnerinnen und Bewohner, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, z.B. Migrantinnen und Migranten. Neubewohner und alte Menschen prägen im Zuge dieser Entwicklung die Bevölkerungsstruktur vieler Innenstadtbereiche.

Diese Veränderungen bleiben nicht ohne Folgen: Mit der veränderten Bevölkerungs- und Nutzungsstruktur entstehen Fremdheits- und Identitätskonflikte und eine veränderte Wahrnehmung des kleinstädtischen Innenstadtbereichs als ehemals „guter Stube" und Repräsentationsort der Kleinstadtgesellschaft. Die Realität der persönlichen Wohn- und Lebensinteressen der angestammten Bewohnerschaft steht einem romantisierenden Ideal gegenüber. „So wird die Innenstadt … mit ihren konkurrierenden Nutzungs- und Repräsentationsansprüchen zum Ort symbolischer Konflikte

um die ‚richtigen' Bewohner und Nutzer" (Schader-Stiftung 2011, S. 164). Damit werden die Themen Wohnen in den städtischen Zentren, sozialräumliche Integration und nachbarschaftliches Zusammenleben zu wichtigen kommunalen Handlungsfeldern.

Strukturunterschiede

Klein- und Mittelstädte weisen vielfältige Strukturunterschiede auf. Die Heterogenität zeigt sich in ihrer jeweiligen naturräumlichen Lage, der Anbindung an regionale und überregionale Zentren, ihrer Siedlungsstruktur und Einwohnerzahl, den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Tradition des Ortes und der eigenen Zuwanderungsgeschichte sowie in Größe und Ausprägung der unterschiedlichen Zuwanderergruppen. Zuwanderung in den ostdeutschen Kommunen unterscheidet sich beispielsweise deutlich vom Zuwanderungsgeschehen in westdeutschen Kommunen. Mit insgesamt knapp fünf Prozent ist der Anteil der Zuwanderer in den Kommunen Ostdeutschlands vergleichsweise gering und pendelt im ländlichen Raum sogar lediglich um zwei Prozent. Viele der ostdeutschen Klein- und Mittelstädte sind darüber hinaus besonders strukturschwach und von hoher Arbeitslosigkeit sowie von Abwanderung vor allem der jungen und gut qualifizierten Bevölkerung betroffen. Durch Abwanderung und konstant niedrige Geburtenraten seit der Wende hat der demografische Wandel weit früher eingesetzt als in den westdeutschen Kommunen. Kommunen und Unternehmen beklagen einen spürbaren Mangel an Fachkräften und Nachwuchsprobleme. Gleichzeitig haben die Zuwanderer, auch gut qualifizierte, vergleichsweise schlechte Zugangschancen zum Arbeitsmarkt. In Verbindung mit einem vor allem im ländlichen Raum anzutreffenden fremdenfeindlichen Klima wandern die meisten Zuwanderer, sobald ihr Aufenthaltsstatus gesichert ist, in Gebiete mit größerer Wirtschaftskraft und besserem Arbeitsplatzangebot ab. Dadurch verschärfen sich der Fachkräftemangel und die Nachwuchsprobleme in vielen Regionen Ostdeutschlands.

Der starke Bevölkerungsrückgang hat zu teilweise hohen Leerständen in den Wohnungsbeständen geführt. Trotz erheblicher Investitionen z.B. der Städtebauförderung, konnte die Bevölkerungsentwicklung in vielen ostdeutschen Klein- und Mittelstädten nicht stabilisiert werden. Gerade die Innenstadtbereiche als Repräsentations- und Begegnungsorte der Kleinstadtgesellschaft leiden unter den Bevölkerungsverlusten und einer zu geringen Belebung.

Um dieser Situation zu begegnen, sehen einige der von Schrumpfung betroffenen Regionen Ostdeutschlands in der Zuwanderung ein mögliches Entwicklungspotenzial. Auch die vor Ort lebenden Asylbewerber und Flüchtlinge, die in der Regel stark segregiert in Gemeinschaftsunterkünften in ehemaligen Militäranlagen oder leer stehenden Plattenbauten leben, werden durchaus als mögliches Potenzial für den lokalen Arbeitsmarkt und die Stabilisierung des Wohnstandorts wahrgenommen (vgl. Aumüller/Gesemann 2014). Gleichwohl stehen die Potenziale der Zuwanderer, vor allem der nachwachsenden zweiten Generation, noch zu wenig im Fokus sowohl der öffentlichen Debatte als auch des kommunalen Handelns.

3. Projektziele

Grundlegendes Projektziel ist es, durch eine auf die Potenziale der Zuwanderer ausgerichtete Migrations- und Integrationspolitik und gemeinsame Identitätsbildungsprozesse die Integration vor Ort in den innerstädtischen Wohnbereichen zu verbessern sowie die gesellschaftliche Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu stärken. Durch die angestrebte Verknüpfung von stadtentwicklungs- und integrationspolitischen Handlungsansätzen will das Projekt zudem zur Stabilisierung der Zentren in den Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raums beitragen. Ergänzende Zielsetzungen des Projektes, nicht allein für ostdeutsche Kommunen, betreffen die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen zum Abbau von Diskriminierung und Alltagsrassismus und zur Erhö-

hung der Akzeptanz Zugewanderter sowie die Verbesserung des städtischen Images zur Gewinnung von Neuzuwanderern als Bewohnerinnen und Bewohner der städtischen Zentren.

Das Projekt richtet sich mit seinen Fragestellungen sowohl an die Zuwanderer, insbesondere aus Drittstaaten, als auch an die Aufnahmegesellschaft. Es geht um strukturelle Verbesserungen der Integration in den ländlich geprägten Räumen, von denen die Zuwanderer unmittelbar und mittelbar profitieren. Im Fokus stehen sowohl die Bewohnerinnen und Bewohner als auch gewerbliche und infrastrukturelle Nutzer der Innenstadtbereiche sowie Kommunalverwaltung und kommunale Politik, da sie die Rahmenbedingungen setzen und Prozesse der Integration befördern können.

Gemäß seiner Ziele will das Projekt vor dem Hintergrund der Entwicklungstendenzen in den vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Regionen und der erkennbaren Funktionsverluste der städtischen Zentren die Bedeutung von Zuwanderung für die städtische Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt untersuchen, den aktuellen Stand von Integration und Integrationsstrukturen beleuchten und integrationspolitische Ansätze weiterentwickeln. Das Projekt richtet seinen Fokus auf die Innenstadt und will ergründen, wie sich die Teilhabe der Zuwanderer am gesellschaftlichen und politischen Leben sowie das nachbarschaftliche Zusammenleben gestalten, welchen Beitrag Zuwanderer zur Entwicklung der Innenstädte leisten, wie sich die Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft darstellt und wie Akzeptanz- und Identifikationsprozesse verlaufen. Dabei geht es auch um Fragen der interkulturellen Öffnung kommunaler Institutionen, um die Weiterentwicklung einer kommunalen Anerkennungs- und Willkommenskultur und um die Anerkennung von Integration als Zukunftsaufgabe der lokalen Politik. Das Projekt will im Ergebnis Handlungs- und Orientierungswissen für die kommunalen Akteure generieren und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung kommunaler integrationspolitischer Handlungsansätze und zur Verknüpfung mit anderen strategischen Politikfeldern erarbeiten.

4. Forschungskonzept, methodisches Vorgehen, Projektumsetzung

Das Forschungs-Praxis-Projekt stellt eine bundesweit vergleichende Untersuchung mit einem diskursiven und aktivierenden Forschungsformat dar. Das Difu übernimmt die Aufgabe der Begleitforschung (Aktivierung, Begleitung, Analyse). Praxispartner sind neun Kommunen, die konkrete Maßnahmen (auf strategisch-konzeptioneller, auf struktureller und auf Projektebene) initiieren und umsetzen sollen. Die beteiligten Kommunen repräsentieren beispielhaft die Entwicklungsprobleme und Identitätsfindungsprozesse kleinstädtischer Zuwanderungsgesellschaften, deren Innenstädte unter den Folgen des demografischen Wandels und unter Funktionsverlusten leiden.

Der Projektaufbau umfasst mehrere Durchführungsphasen: Vorbereitung, Erhebung, Aktivierung, Auswertung, Ergebnistransfer – wobei sich die einzelnen Phasen zum Teil zeitlich überlappen können. Die Erhebung beginnt mit einer Vorrecherche, um die Forschungsfragen und Ausgangsthesen zu konkretisieren. Als Erhebungsinstrumente dienen vor allem eine Sekundäranalyse vorhandener Untersuchungen, die Auswertung statistischer Daten zur kommunalen Entwicklung sowie vertiefende qualitative Interviews mit Experten aus den Bereichen Stadt- und Regionalentwicklung, Wohnen und Integration.

Im Zentrum der weiteren Erhebungen stehen die beteiligten Projektkommunen. Untersuchungen zur Situation vor Ort und den Entwicklungsperspektiven dienen dazu, die Potenziale zu bewerten und Ansatzpunkte für Aktivierungsprozesse im Sinne der Projektziele herauszufiltern. Hier werden vor allem qualitative Erhebungsmethoden (Einzelinterviews, Gruppengespräche, teilnehmende Beobachtung) eingesetzt. Sie eignen sich am ehesten dazu, die angestrebten aktivierenden Momente auszulösen.

Auf Basis der Erhebungen und unter Berücksichtigung bestehender Projektaktivitäten und Maßnahmen werden dann von den Akteuren vor Ort Projekte auf den Weg gebracht. Sie sollen die sozialräumliche Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Zuwanderern fördern, auf gesellschaftliche Vielfalt ausgerichtete städtische Identitätsbildungsprozesse unterstützen, zivilgesellschaftliche Strukturen und Netzwerke stärken und im Ergebnis zu einer Stabilisierung der innerstädtischen Zentren beitragen. Es wird hier vor allem darauf ankommen, wichtige Multiplikatoren zu identifizieren, diese in die Projekte einzubinden und funktionierende Vernetzungsstrukturen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu entwickeln. Auch der Einsatz von (Städtebau-)Fördermitteln kann in den Zusammenhang mit Projektaktivitäten gestellt werden. Das Difu wird die Kommunen bei der Initiierung und Durchführung von Aktivitäten und Projekten beraten und begleiten.

Das Institut organisiert darüber hinaus den Erfahrungsaustausch der beteiligten kommunalen Akteure durch Netzwerktreffen. Letztere sind als Teil des Untersuchungsdesigns Erhebungs- und Aktivierungsinstrument im Sinne des Voneinander-Lernens.

4.1 Projektbausteine

Vorbereitungsphase

Aufarbeitung des Forschungsstands und Bestandsanalyse: Auswertung vorhandener Studien und Untersuchungen, ergänzende sowohl explorative als auch vertiefende (telefonische) Interviews mit Experten aus Verbänden (Wohnen, Stadtentwicklung, Wirtschaft), Immobilienwirtschaft, Landes- und Bundespolitik sowie Wissenschaft. Ziel ist die Konkretisierung der projektbezogenen Forschungsfragestellungen und Thesen.

Erhebungsphase mit Aktivierungsanteil

Fallstudienanalyse der beteiligten Projektkommunen:

- Ausgangs- und Bestandsanalyse/Fallstudien: Untersuchung der Entwicklungsbedingungen und Entwicklungstendenzen der Innenstadtbereiche durch Auswerten vorhandener Strukturdaten, Untersuchungen und Entwicklungskonzepte.
- Interviews mit Akteuren/Multiplikatoren vor Ort in den ausgewählten Klein- und Mittelstädten zu Fragen der allgemeinen städtischen Entwicklung, des Wohnens in der Innenstadt, des Zusammenlebens und der Nachbarschaft, der Situation und Teilhabe von Zuwanderern und zu Identitätsbildungsprozessen (z.B. mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung, sozialen Diensten, Bildungseinrichtungen, Wirtschaft, Initiativen und Vereinen, Migrantenorganisationen).
- Einzel- und Gruppengespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern der Altstadtbereiche, mit Wohnungseigentümern und lokalen Unternehmern zur Bewertung des Wohnens und Zusammenlebens sowie der Entwicklungsperspektiven und Handlungsbedarfe (Zuwanderer und Einheimische gemeinsam und getrennt).
- Schriftliche Befragungen: Begleitend zu den qualitativen Bausteinen (Interviews) werden zu verschiedenen Zeitpunkten im Projektverlauf schriftliche standardisierte Befragungen ausgewählter Akteurs- und Zielgruppen durchgeführt.

Aktivierungsphase

Initiierung und Begleitung von Aktivitäten vor allem zur Förderung des Zusammenlebens von Einheimischen und Zugewanderten, zur Schaffung von Verantwortungsgemeinschaften zur Aufwer-

tung und identitätsstiftenden Nutzung der Innenstadt, zur Verbesserung des Wohnens und zur Nutzung öffentlicher Räume. Die Teilnehmerstädte kommunizieren das Projektanliegen in die jeweiligen Stadtgemeinschaften und organisieren einen öffentlichen politischen Diskurs zur sozialräumlichen Integration und zur Entwicklung der Innenstädte. Ziel ist es, konkrete Projekte und Handlungsansätze zur Verbesserung der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern in den Kommunen und der Entwicklung einer gemeinsamen städtischen Identität zu initiieren. Die konkreten Aktivitäten sollen möglichst an bestehende Strukturen und Netzwerke anknüpfen und hängen in ihrer Ausformung von den je spezifischen Themenstellungen und mobilisierbaren Akteuren ab. Im Ergebnis können jeweils sehr unterschiedliche Prozesse und Projekte entstehen. Als gute Formate für den Anstoß und die (Weiter-)Entwicklung gemeinsamer Initiativen haben sich Bürgerversammlungen, Runde Tische, Workshops oder Zukunftskonferenzen erwiesen.

Einrichtung eines Netzwerks der ausgewählten Kleinstädte als Forum für den Erfahrungsaustausch. Vorgesehen ist, ein Netzwerk der teilnehmenden Kommunen aufzubauen, das dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch und damit der Weiterentwicklung der jeweiligen integrationspolitischen Handlungsansätze dient. Während der dreijährigen Projektlaufzeit finden neben einer Auftaktveranstaltung drei Netzwerktreffen statt, bei denen sich die Städte sowie die Mitglieder des Beirats zu Projektfragen austauschen.

Wissens- und Ergebnistransfer

- Zwischenberichte (in Form von Arbeitspapieren) jeweils nach Abschluss der Ausgangs- und Bestandsanalyse und der Erhebungen in den Projektkommunen,
- Endbericht als Publikation einschließlich Handlungsempfehlungen,
- Internetseite mit Informationen zum Projekt, den Projektkommunen und laufenden Projektergebnissen,
- Netzwerktreffen und Workshops,
- abschließender Kongress/Fachtagung zur öffentlichen Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse.

Qualitätssicherung

Einrichtung eines Projektbeirats

Der Projektbeirat ist ein inhaltlich unterstützendes Gremium, das zur Evaluation und Qualitätssicherung des Forschungs-Praxis-Projekts dient – seine Aufgaben: Projektfragestellungen konkretisieren, Expertenhearings zu speziellen Fragestellungen durchführen, Forschungsergebnisse diskutieren und an den Netzwerktreffen teilnehmen. Insgesamt hat der Beirat eine beratende Rolle und übernimmt eine Supervisionsfunktion. Das Gremium besteht aus elf Mitgliedern einschließlich der Kooperationspartner.

4.2 Stand der Umsetzung

Die ersten Monate der Projektarbeit dienten vor allem dem Aufbau von Strukturen, ersten explorativen Erhebungen zur Konkretisierung der Forschungsfragen und der Verifizierung der Ausgangsthesen, der Auswahl der Projektkommunen, Organisation und Durchführung einer Auftaktveranstaltung mit allen Projektbeteiligten zur Vorstellung und Erörterung des Projektanliegens und der Vorbereitung der Erhebungsphase in den Kommunen.

Aufarbeitung des Forschungsstands und Annäherung an den Forschungsgegenstand

Im Berichtszeitraum wurden vorhandene Studien und Untersuchungen zu den Forschungsfragen gesichtet (siehe Literaturverzeichnis) und Experten interviewt. Erörtert wurden allgemeine Entwicklungstendenzen von Klein- und Mittelstädten im ländlichen Raum, die Bedeutung der Innenstädte für Identitätsbildungsprozesse der Kleinstadtgesellschaften und innerstädtische Entwicklungsperspektiven, die kommunale Verankerung von Migration und Integration sowie der Umgang der Kommunen mit dem Thema Flüchtlinge. Die einbezogenen Experten wurden aus Bundesministerien, Bundesinstitutionen, stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Verbänden sowie einschlägigen Forschungsinstituten ausgewählt. Die Interviews wurden in der Regel telefonisch anhand eines Gesprächsleitfadens durchgeführt, einige erfolgten auch face-to-face.

Einrichtung eines Projektbeirats

Die insgesamt elf Mitglieder des Projektbeirats setzen sich so zusammen: Vertreterinnen und Vertreter der Kooperationspartner, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städtetages, der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, drei wissenschaftliche Experten der Fachrichtungen Stadt- und Regionalentwicklung, Raumplanung und Soziologie sowie zwei Personen aus Migrantenorganisationen (Liste der Beiratsmitglieder im Anhang). Die Berufung der Mitglieder erfolgte durch direkte Anfrage. Die konstituierende Sitzung des Beirats fand am 4. November 2015 in Berlin statt. Die Sitzung diente insbesondere der Vorstellung des Projektes, seiner Ziele und Aufgaben, der Klärung von Funktion und Aufgaben des Projektbeirats und der Auswahl der Projektkommunen. Darüber hinaus wurde das Konzept der Auftaktveranstaltung abgestimmt. Die Beiratsmitglieder erklärten sich bereit, die weiteren Projektschritte aktiv zu unterstützen und an den Netzwerktreffen und öffentlichen Veranstaltungen auch mit inhaltlichen Beiträgen teilzunehmen.

Einrichtung eines Netzwerks ausgewählter Städte

Im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund wurden die Projektkommunen ausgewählt.

Voraussetzungen für die Teilnahme waren:

- Innenstadt mit hohem Altbauanteil,
- Funktionsverluste und Entwicklungsprobleme der Innenstadt,
- vergleichsweise hoher Migrantenanteil,
- Konzentration von Zuwanderern (Drittstaatenangehörige) in der Innenstadt.

Ein Teil der Kommunen sollte an Programmen der Städtebauförderung (insbesondere Soziale Stadt, Stadtumbau West, Stadtumbau Ost, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren) beteiligt (gewesen) sein, da hier Anknüpfungspunkte für die Entwicklung von Projekten und Maßnahmen bestehen. Mindestens eine Kommune sollte in den östlichen Bundesländern liegen. Da dort der Anteil der Zuwanderer insgesamt sehr viel geringer ist, mussten entsprechende Bewerberkommunen nicht alle der oben genannten Voraussetzungen erfüllen.

Die Ausschreibung zur Interessenbekundung wurde am 3. September 2015 unter Nutzung verschiedener Verteiler veröffentlicht. Etliche Kommunen, zu denen über andere Projektzusammenhänge bereits Kontakte bestanden, wurden direkt angeschrieben. Bewerbungen konnten bis zum 19. Oktober 2015 eingereicht werden. Diese Frist wurde später um eine Woche verlängert.

Eine Vorauswahl möglicher Teilnehmerstädte anhand der vorgegebenen Bewerbungskriterien erfolgte durch das Difu. Die Auswahl wurde mit den Mitgliedern des Projektbeirats in der ersten Beiratssitzung am 4. November 2015 erörtert.

Im Ergebnis wurden neun Kommunen für die Projektteilnahme ausgewählt:

- Germersheim, Landkreis Germersheim, Rheinland-Pfalz
- Goslar, Landkreis Goslar, Niedersachsen
- Ilmenau, Ilm-Kreis, Thüringen
- Michelstadt, Odenwaldkreis, Hessen
- Mühlacker, Enzkreis, Baden-Württemberg
- Saarlouis, Landkreis Saarlouis, Saarland
- Steinfurt, Kreis Steinfurt, Regierungsbezirk Münster, Nordrhein-Westfalen
- Weißenfels, Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt
- Zittau, Große Kreisstadt, Landkreis Görlitz, Sachsen.

Auftaktveranstaltung

Am 26. und 27. November 2015 fand die Auftaktveranstaltung mit allen Projektbeteiligten in Berlin statt. Sie diente der Vorstellung des Projekts und der ausgewählten Kommunen, der Einführung in die Projektthemen und -fragestellungen sowie dem gegenseitigen Kennenlernen der Projektbeteiligten. Am ersten Veranstaltungstag wurde in die Projektthemen eingeführt: durch Impulsbeiträge zur Situation und den Perspektiven der Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum, zu den Integrationspotenzialen ländlicher Kommunen, zur Bedeutung einer Willkommenskultur und zur Frage, inwieweit Flüchtlinge eine Chance für die ländlichen Regionen darstellen. Diese Impulse wurden im Rahmen von „Arbeitstischen" zu den Themen Innenstadt und städtische Identität, interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur sowie Nachbarschaft und Zusammenleben vertieft. Der zweite Veranstaltungstag war vor allem der Vorstellung der Projektkommunen vorbehalten. Dabei wurde deutlich: Trotz Unterschiedlichkeit der Rahmenbedingungen sehen die Kommunen in der Projektteilnahme die Chance, die Themen Zuwanderung und Innenstadtentwicklung zu verknüpfen. Sie erhoffen sich Impulse sowohl zur Stärkung ihrer integrationspolitischen Bemühungen als auch zur Stabilisierung der innerstädtischen Entwicklung. Die Zuwanderung von Flüchtlingen hat in einigen Kommunen das Bestreben nach einer strategisch ausgerichteten und konsistenten Integrationspolitik verstärkt.

Die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung wurden dokumentiert und den Kommunen für die weitere Arbeit zur Verfügung gestellt. Die Dokumentation steht auch für weitere Interessierte auf der Projektwebsite zum Download bereit.

Vorbereitung der Erhebungsphase in den Kommunen und erste Aktivierung

Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung wurden die Vor-Ort-Erhebungen vorbereitet und die ersten Kommunen bereist. Die Erhebungen starteten mit einem Auftaktgespräch in jeder Kommune. An diesem nahmen neben den benannten kommunalen Ansprechpersonen möglichst die Verwaltungsspitze und weitere kommunal Verantwortliche aus den Themenfeldern Stadtentwicklung, Wohnen und Integration teil. Ergänzend konnten auch wichtige Multiplikatoren aus der Zivilgesellschaft zu diesem ersten Treffen eingeladen werden. Im Rahmen des Auftaktgesprächs wurden das Projekt vorgestellt, die kommunale Situation beleuchtet, Schwerpunktthemen für die Projektdurchführung ermittelt und der weitere Ablauf vor Ort abgestimmt. Mit der Vereinbarung eines Gesprächstermins wurden die Kommunen auch darum gebeten, dem Difu vorhandene Studien, Strategiepapiere und Konzepte zur Einarbeitung in die spezifischen Rahmenbedingungen der Kommune und zur Vorbereitung der Erhebungsphase zur Verfügung zu stellen.

Das Auftaktgespräch wurde zum Teil ergänzt durch ein vertiefendes Interview mit einem kleineren Kreis kommunal Zuständiger. Dafür wurde ein Gesprächsleitfaden entwickelt und den Kommunen zur Vorbereitung übermittelt. Neben inhaltlichen Fragen ging es in dem Interview auch darum, die

wichtigen Akteure und Institutionen auf kommunaler Ebene zu benennen, die für die weitere Erhebungsphase und das Projektanliegen insgesamt von Bedeutung sind.

Die Auftaktgespräche fanden im Zeitraum Januar bis März 2016 statt. Die weiteren Erhebungen erfolgen im ersten Halbjahr 2016.

Verantwortliche Bearbeiterinnen und Bearbeiter des Difu für die jeweiligen Kommunen sind:

Germersheim, Michelstadt, Weißenfels:	Gudrun Kirchhoff
Saarlouis, Zittau:	Ricarda Pätzold
Goslar, Ilmenau:	Dr. Bettina Reimann
Mühlacker, Steinfurt:	Wolf-Christian Strauss.

Ergebnistransfer/Öffentlichkeitsarbeit

Für das Projekt wurde eine eigene Website eingerichtet: **www.vielfalt-in-stadt-und-land.de**. Auf ihr werden die einzelnen Projektbausteine, die Stadtprofile der Projektkommunen und die Mitglieder des Projektbeirats vorgestellt, die laufenden Aktivitäten dokumentiert sowie Berichte, Veranstaltungsdokumentationen und Publikationen für Interessierte eingestellt.

4.3 Weiteres Vorgehen

Die Projektarbeit wird sich im ersten Halbjahr 2016 auf die Erhebungen vor Ort konzentrieren und von entsprechenden Besuchen in den beteiligten Kommunen geprägt sein. Mit den Erhebungen wird angestrebt, die Grundlagen für die Aktivierungsphase zu schaffen, die im Zentrum der weiteren Projektarbeit stehen wird, und erste Aktivierungsprozesse in den Kommunen anzuschieben.

Darüber hinaus ist eine weitere Projektbeiratssitzung am 27. April 2016 in Berlin vorgesehen. Das Treffen soll vor allem dazu dienen, die Begrifflichkeiten „Vielfalt“ und „städtische Identität“ zu klären und ein gemeinsames Verständnis dieser Begriffe zu entwickeln. Zwei externe Experten werden diesen Verständigungsprozess unterstützen.

Des Weiteren findet am 7. und 8. Juni 2016 in der Projektstadt Goslar ein Netzwerktreffen als Erfahrungsaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Projektkommunen und Mitgliedern des Projektbeirats statt. Dabei wird es zum einen um den Austausch zu ersten Projekterfahrungen und zur Resonanz des Projektes in den Kommunen gehen, zum anderen um die inhaltliche Vertiefung ausgewählter Fragestellungen.

5. Besonderheiten der Projektkommunen

Das Zuwanderungsgeschehen in den Kommunen hängt stark von deren Rahmenbedingungen ab. Zu diesen zählen: Lage im Raum, Siedlungsdichte, Größe, Wirtschaftskraft, Funktion, historische Entwicklung und Tradition des Ortes. Entscheidend für die Situation der Zuwanderer und die Ausprägung integrationspolitischer Strukturen sind der Anteil von Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung und damit ihre Bedeutung für die Städte. Je größer diese Gruppe, desto mehr wird sie durch die kommunale Politik beachtet und kann der Aufbau von Integrationsstrukturen politisch legitimiert werden. Mit wachsender Zahl erhöhen sich die Möglichkeiten der Selbstorganisation und damit auch die Wahrnehmung politischer Repräsentanz.

Im folgenden Abschnitt werden die Rahmenbedingungen der Projektkommunen vergleichend dargestellt. Die Ausführungen stützen sich auf Angaben der Kommunen aus den Interessenbekundungen, auf Daten aus der amtlichen Statistik und auf öffentlich zugängliche Quellen der Regionalplanung.

Räumliche Strukturmerkmale

Die Heterogenität des ländlichen Raums verdeutlichen auch die Strukturmerkmale der beteiligten Projektkommunen.

Tabelle 1: Raum- und siedlungsstrukturelle Merkmale der Projektkommunen

Stadt und Landkreis (LK)	Einwohner 2011 (Stadt und Landkreis)	Stadt- und Gemeindetyp Funktionszuweisung	Raumtyp, Besiedlung und Lage	Siedlungsstruktureller Kreistyp
Germersheim **LK Germersheim**	22.000 123.913	kleinere Mittelstadt Mittelzentrum Kreisstadt	überwiegend städtisch; zentral	städtischer Kreis
Goslar* **LK Goslar**	40.844 140.137	kleinere Mittelstadt Mittelzentrum Kreisstadt	überwiegend städtisch; peripher	ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen
Ilmenau **Ilm-Kreis**	25.975 110.361	Mittelstadt Mittelzentrum Große kreisangehörige Stadt	überwiegend städtisch; peripher	ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen
Michelstadt **Odenwaldkreis**	16.409 96.613	größere Kleinstadt Mittelzentrum Kreisangehörige Stadt	teilweise städtisch; zentral	städtischer Kreis
Mühlacker **Enzkreis**	24.689 191.354	kleinere Mittelstadt Mittelzentrum Große Kreisstadt	überwiegend städtisch; sehr zentral	städtischer Kreis
Saarlouis **LK Saarlouis**	34.479 197.877	Mittelstadt Mittelzentrum Kreisstadt	überwiegend städtisch; zentral	städtischer Kreis
Steinfurt **LK Steinfurt**	33.392 433.659	kleinere Mittelstadt Mittelzentrum Kreisstadt	teilweise städtisch; Zentral	städtischer Kreis
Weißenfels **Burgenlandkreis**	40.194 189.729	Mittelstadt Mittelzentrum Kreisangehörige Stadt	überwiegend städtisch; zentral	ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen
Zittau **LK Görlitz**	26.777 269.647	Mittelstadt Mittelzentrum Große Kreisstadt	teilweise städtisch; peripher	dünn besiedelter ländlicher Kreis

* Mit der Eingemeindung der Stadt Vienenburg nach Goslar in 2014 liegt die Einwohnerzahl bei etwa 50.000.

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Michelstadt gilt nach der Stadt- und Gemeindetypisierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) mit etwas mehr als 16.000 Einwohnern als „größere Kleinstadt“ und ist die kleinste der beteiligten Kommunen. Alle anderen sind nach ihrer Größe den Mittelstädten zuzuordnen, wobei vier Kommunen mit 20.000 bis 30.000 Einwohnern als „kleinere Mittelstädte“ gelten. Die größte Projektkommune ist Goslar mit 50.000 Einwohnern; diese Zahl wurde durch Eingemeindung der benachbarten Stadt Vienenburg 2014 erreicht. Goslar hatte bis zu diesem Zeitpunkt etwa 40.000 Einwohner, wie in Tabelle 1 dargestellt. Alle beteiligten Kommunen haben die Funktion eines Mittelzentrums und übernehmen wichtige Leistungen der Infrastrukturversorgung für den umgebenden Raum.

Der Raumtyp variiert zwischen teilweise städtisch bis überwiegend städtisch. Die Lage gilt bei drei Kommunen als ländlich peripher, dazu zählen Goslar in der nördlichen Harzregion, Ilmenau in Südthüringen und Zittau in der sächsischen Grenzregion zu Tschechien und Polen. Vier Kommunen sind gleichzeitig Sitz der Landkreisverwaltung (Germersheim, Goslar, Saarlouis und Steinfurt). Die Städte Mühlacker und Zittau haben den Sonderstatus einer „Großen Kreisstadt“. Dies be-

zeichnet kreisangehörige Städte, die nicht gleichzeitig Kreisstadt sind, aber aufgrund ihrer Größe und Verwaltungskraft einige Funktionen des Landkreises übernehmen können.

Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Die Wirtschaftskraft der Kommunen kann anhand der Indikatoren Arbeitslosenquote, Erwerbspersonen und Steuereinnahmen pro Einwohner annähernd beschrieben werden. Die Arbeitslosenquoten liegen anhand der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nur für die Landkreise vor. Bei den Quoten der Projektkommunen gibt es große Unterschiede. So hat der Landkreis Görlitz mit der Stadt Zittau mit 11 Prozent die höchste Arbeitslosenquote, der Enzkreis mit der Stadt Mühlacker mit 2,7 Prozent die niedrigste. Die Arbeitslosenquote der Stadt Goslar ist mit 7,4 Prozent vergleichbar mit den Werten der ostdeutschen Kommunen, die alle weit über dem bundesweiten Durchschnitt von 6,1 Prozent liegen. Die höchsten Steuereinnahmen pro Einwohner hat Saarlouis, die niedrigsten haben Weißenfels und Zittau. Insgesamt bilden die Daten die Strukturschwäche der ostdeutschen Kommunen ab. Die besondere Strukturschwäche der sächsischen Grenzregion um Zittau zeigt sich bei allen drei Indikatoren. Bei der Anzahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) weicht Zittau mit nur 48,7 Prozent vom allgemeinen Durchschnitt der Kommunen, der bei 52,1 Prozent liegt, am stärksten nach unten ab.

Tabelle 2: Sozioökonomische Rahmenbedingungen in den Projektkommunen

Stadt	Arbeitslosenquote 12/ 2015 in Prozent	Steuereinnahmen 2013 pro Einwohner in Euro	Erwerbspersonen 2011, Anteil in Prozent an Gesamtbevölkerung
Germersheim **LK Germersheim**	3,9	827	53,8
Goslar **LK Goslar**	7,4	836	51,0
Ilmenau **Ilm-Kreis**	7,2	641	51,1
Michelstadt **Odenwaldkreis**	5,1	798	53,3
Mühlacker **Enzkreis**	2,7	887	52,9
Saarlouis **Kreis Saarlouis**	5,2	1.327	51,2
Steinfurt **LK Steinfurt**	4,5	747	52,5
Weißenfels **Burgenlandkreis**	9,5	594	54,2
Zittau **LK Görlitz**	11,0	601	48,7

Quellen: Bundeagentur für Arbeit – Statistik (Arbeitslosenquote); Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Steuereinnahmen); Zensus 2011 (Erwerbspersonen)

Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung weist laut „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung bei allen Kommunen eine negative Tendenz bis 2030 aus, wobei Germersheim, Michelstadt und Mühlacker in der Tendenz mit einer stabilen Entwicklung und nur geringen Verlusten zu rechnen haben. Besonders hohe Bevölkerungsverluste werden für Zittau und Weißenfels vorhergesagt, gefolgt von Goslar und Ilmenau. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird prognostisch bei allen Kommunen stark ansteigen, es erreicht in den Städten Goslar, Weißenfels und Zittau mit etwas mehr als 50 Jahren in 2030 seine höchsten Werte.

Die Bertelsmann Stiftung ordnete die Kommunen anhand verschiedener Indikatoren so genannten Demografietypen zu, um regionale Entwicklungsdynamiken abbilden zu können. So wurden Weißenfels und Zittau dem Demografietyp 9 zugeordnet, das sind stark schrumpfende Kommunen mit hohem Anpassungsdruck, was auch die bereits dargestellten Strukturdaten belegen. Der Großteil der Städte ist dem Typ 6 zugeordnet: mittelgroße Kommunen geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum (Germersheim, Mühlacker, Saarlouis, Steinfurt).

Tabelle 3: Demografische Entwicklung

Stadt	relative Bevölkerungs-entwicklung bis 2030 in Prozent	Durchschnittsalter 2013	Durchschnittsalter 2030	Demografietyp
Germersheim **Rheinland-Pfalz**	-2,0 -4,3	39,7 44,5	44,6	Typ 6
Goslar **Niedersachsen**	-11,9 -3,9	k. A. 44,4	50,6	k. A.
Ilmenau **Thüringen**	-10,4 -12,8	45,0 46,8	48,0	Typ 7
Michelstadt **Hessen**	-1,7 -0,2	44,4 43,8	47,6	Typ 5
Mühlacker **Baden-Württemberg**	-3,5 -1,3	43,6 43,3	46,7	Typ 6
Saarlouis **Saarland**	-9,1 -10,7	46,4 46,1	49,0	Typ 6
Steinfurt **Nordrhein-Westfalen**	-6,4 -3,8	43,0 44,0	47,0	Typ 6
Weißenfels **Sachsen-Anhalt**	-13,3 -17,1	47,9 47,3	50,5	Typ 9
Zittau **Sachsen**	-18,2 -7,0	50,1 46,8	50,5	Typ 9

* Typisierungen:
Typ 5: Städte und Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Räumen
Typ 6: Mittelgroße Kommunen geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum
Typ 7: Urbane Zentren mit heterogener wirtschaftlicher und sozialer Dynamik
Typ 9: Stark schrumpfende Kommunen mit besonderem Anpassungsdruck

Quellen: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; Statistisches Bundesamt 2015: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2060

Migration

Der Anteil der Migrationsbevölkerung ist in den westdeutschen Projektkommunen vergleichsweise hoch und mit nur wenigen Ausnahmen mit den Anteilen in Großstädten vergleichbar. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil hat die Stadt Germersheim mit 54 Prozent migrantischer Bevölkerung. Dies ist zum einen bedingt durch die industriell geprägte Wirtschaftsstruktur, aber auch dadurch, dass Germersheim ein Universitätsstandort für Translationswissenschaften ist. Die beteiligten ostdeutschen Kommunen haben sehr viel geringere Anteile an Zuwanderern, doch sind die Werte für die Städte Ilmenau und Weißenfels im ostdeutschen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Die hohe Anzahl von Zuwanderern in Ilmenau erklärt sich durch die Universität mit vielen ausländischen Studierenden und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Gründe für Weißenfels liegen in der seit einigen Jahren dort angesiedelten Lebensmittelindustrie, die besonders Arbeitskräfte aus osteuropäischen Ländern anzieht – laut Angaben der Stadt aus Polen, Rumänien und Ungarn.

Das unterschiedliche Zuwanderungsgeschehen zwischen west- und ostdeutschen Kommunen wird bei Betrachtung der drei größten Zuwanderungsgruppen nochmals deutlich. So stellen in den westdeutschen Kommunen in der Regel die Zuwanderer aus der Türkei die größte Gruppe, gefolgt von Zuwanderern aus Kasachstan und der Russischen Föderation, die die Gruppe der (Spät-)Aussiedler repräsentieren. In Goslar stehen die Zuwanderer aus Polen an erster Stelle, gefolgt von solchen aus der Türkei und der Russischen Föderation. In Saarlouis bilden die Zuwanderer aus Italien die größte Gruppe. Die Menschen aus der Türkei zählen hier nicht zu den „Top 3". Zusammenfassend kann man festhalten: Zuwanderung ist in den westdeutschen Kommunen vor allem durch die so genannte Gastarbeitermigration („Gastarbeiter" und deren Nachkommen) sowie den Zuzug von (Spät-)Aussiedlern seit Anfang der 1990er-Jahre geprägt.

In den drei ostdeutschen Kommunen zählen die Zuwanderer aus Polen, Kasachstan und der Russischen Föderation zu den größten Gruppen. Zittau weist insgesamt einen sehr geringen Zuwandereranteil auf; dort sind nur die Zuwanderer aus Polen mit anteilig 32,8 Prozent als eigenständige Gruppe im Zensus 2011 ausgewiesen.

Tabelle 4: Bevölkerung mit Migrationshintergrund (MH) 2011, Top 3-Herkunftsländer (Anteil in Prozent)

Stadt	Einwohnerzahl 2011	Bevölkerung mit MH in Prozent	Ausländer in Prozent	Top 1	Top 2	Top 3
Germersheim	22.000	54,0	19,2	Türkei 22,2	Russische Föderation 20,7	Kasachstan 16,8
Goslar	40.844	16,6	5,8	Polen 23,5	Türkei 22,5	Russische Föderation 6,8
Ilmenau	25.975	10,1	5,0	Russische Föderation 12,0	Kasachstan 11,3	Polen 8,4
Michelstadt	16.409	27,8	9,0	Türkei 21,0	Kasachstan 20,6	Russische Föderation 17,5
Mühlacker	24.689	31,2	16,4	Türkei 34,4	Italien 12,9	Griechenland 7,3
Saarlouis	34.479	23,8	8,6	Italien 17,0	Polen 16,4	Russische Föderation 11,2
Steinfurt	33.392	15,4	5,6	Türkei 18,9	Kasachstan 18,2	Russische Föderation 11,2
Weißenfels	40.194	6,1	4,0	Polen 28,5	Kasachstan 7,3	Sonstige 45,0
Zittau	26.777	4,5	2,0	Polen 32,8	Sonstige 31,9	k. A.

Quelle: Zensus 2011

Integrationspolitische Strukturen

Mit Ausnahme von Goslar und Zittau haben die beteiligten Kommunen die „Funktion" eines Integrationsbeauftragten eingerichtet. In Michelstadt und Germersheim ist die Stelle gleichzeitig zuständig für den Bereich Kinder und Jugend bzw. nur Jugend. In Weißenfels wurde die Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten seit 2012 um den Bereich Integration erweitert. In Ilmenau wurde die Benennung als Ausländerbeauftragte beibehalten, die diese Funktion ehrenamtlich ausübt. Die Beauftragtenfunktion in Steinfurt ist ebenfalls ehrenamtlich. Die Beauftragtenfunktion in

Form eines Ehrenamts ist eine häufig in den Kommunen des ländlichen Raums anzutreffende Struktur.

Weitergehende Strukturen zur Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure insbesondere der Migrantinnen und Migranten gaben die Städte Germersheim, Mühlacker (Integrationsbeirat) und Weißenfels (Runder Tisch Integration, Bürgerinitiative „Engagiertes Weißenfels") an. In Ilmenau ist ein ehrenamtliches Netzwerk zur Unterstützung von Flüchtlingen aktiv. Michelstadt ist seit Juni 2014 am Landesprogramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren" der Hessischen Landesregierung mit dem Projekt „WIR-Michelstadt, eine zukunftsorientierte Stadt" beteiligt. Im Rahmen des Projektes sollen die Bildungseinrichtungen durch Prozesse der interkulturellen Öffnung gezielt gestärkt werden. Als erster Baustein wurden Integrationsleitlinien erarbeitet.

Tabelle 5: Integrationspolitische Strukturen in den Projektkommunen

Kommune	Integrationspolitische Strukturen	Integrationsprojekte
Germersheim	Beauftragter für Integration, Kinder und Jugend; Beirat für Migration und Integration; Leitstelle für Integration (Landkreis)	Projekt „InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit 2.0" – Förderung des Zugangs zu Ausbildung und Beschäftigung von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen (Landkreis); Projekte „Rückenwind" und „Sprungbrett" (Fokus: Arbeitsmarkt); diverse Projekte über Verein Interkultur Germersheim e.V.
Goslar	Einrichtung eines Integrationszentrums in Planung	Keine Angaben
Ilmenau	Ausländerbeauftragter; seit 2014 ehrenamtliches Netzwerk zur Unterstützung von Flüchtlingen	Keine Angaben
Michelstadt	Jugend- und Integrationsbeauftragte	Projekt „WIR-Michelstadt – eine zukunftsorientierte Stadt" (Förderung Land Hessen, Landesprogramm WIR seit Juni 2014); Verabschiedung von Integrationsleitlinien
Mühlacker	Integrationsbeauftragte; Integrationsbeirat; Verein Miteinanderleben e.V.	Projekt „Bildungspaten" – Sprachförderung durch externe Sprachförderinnen in Kindergärten und Grundschulen
Saarlouis	Integrationsbeauftragte	Integrationsveranstaltung unter dem Motto „Wir sind einS(aarlouis)"; Aktivitäten der Flüchtlingsunterstützung; Einführung des „Familien- und Sozialpasses" (2010)
Steinfurt	Lenkungsgruppe „Willkommenskultur", ehrenamtlicher Beauftragter für die Integration von Zuwanderern	Sprachkurse, Online-Sprachkurse, private Initiativen über Verein „Steinfurt hilft / Willkommen in Steinfurt"
Weißenfels	Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte (seit 2012); Runder Tisch Integration; Bürgerinitiative „Engagiertes Weißenfels"	Einrichtung einer Koordinierungsstelle inkl. Begegnungsstätte zur interkulturellen Begegnung
Zittau	Keine Angaben	Keine Angaben

Quelle: Angaben der Kommunen aus den Interessenbekundungen zur Projektteilnahme

Literatur

Aumüller, Jutta, und Frank Gesemann (2014): Abschlussbericht. Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel, Darmstadt.

Baumgart, Sabine (2004): Einführung in das Forschungsthema „Klein- und Mittelstädte", in: Sabine Baumgart et al. (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt?, S. 7–12.

Baumgart, Sabine, et al. (Hrsg.) (2004): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund, Dortmund (SRPapers, Nr. 1).

Bernt, M., und G. Christmann (2010): Lenin oder Luther für Eisleben? Was ist städtische Identität – und wie kann man sie überhaupt finden?, http://www.irs-net.de/download/aktuelles/RG30_Christmann_Bernt.pdf

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2015a): Orte der Integration im Quartier: vernetzt – gebündelt – erfolgreich, Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2015b): Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen, http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp_node.html (letzter Zugriff: 10.03.2016).

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2008): Integration vor Ort. Der nationale Integrationsplan – Zwischenbilanz, Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2010a): Identität bauen. Positionen zum Wesen unserer gebauten und gelebten Umwelt, Berlin, http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2010/DL_IdentitaetBauen.pdf?__blob=publicationFile&v=2

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2010b): Migration/Integration und Stadtteilpolitik – Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration, Berlin.

(Die) Bundesregierung (Hrsg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen, Berlin.

Brombach, Karoline, und Johann Jessen (2003): Die Kleinstadt im Suburbanisierungsprozess. Nivellierung oder Selbstbehauptung? Beispiel Region Stuttgart, in: Clemens Zimmermann: Kleinstadt in der Moderne, Ostfildern, S. 183–196.

Christmann, G. (2003): Städtische Identität als kommunikative Konstruktion. Theoretische Überlegungen und empirische Analysen am Beispiel von Dresden, Wien (Institut für Höhere Studien, Reihe Soziologie, H. 57, S. 1–22), http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-220711

Fenske, Michaela (2009): Tagungsbericht: Mittelstadt – Urbanes Leben jenseits der Metropole, http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-2636 (letzter Zugriff: 10.03.2016).

GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (Hrsg.) (1998): Überforderte Nachbarschaften: zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und neuen Bundesländern, Köln (GdW-Schriften 48).

Grötzbach, Erwin (1963): Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland, Kallmünz/Regensburg (Münchner Geographische Hefte, Heft 24).

Hannemann, Christine (2002): Die Herausbildung räumlicher Differenzierungen. Kleinstädte in der Stadtforschung, in: Martina Löw: Differenzierungen des Städtischen. Stadt, Raum und Gesellschaft, Opladen.

Herrenknecht, Albert, und Jürgen Wohlfarth (2004a): Editorial. Die vernachlässigten Kleinstädte, in: PRO-REGIO-ONLINE, Nr. 2, S. 5–10.

Herrenknecht, Albert, und Jürgen Wohlfarth (2004b): KLEINSTADT-BILDER – Kleine Sozialgeschichte der ländlichen Kleinstadt von 1945–2000, in: PRO-REGIO-ONLINE, Nr. 2, S. 20–72.

Hollbach-Grömig, Beate (2003): Weniger – Älter – Bunter, in: AKP – Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik, Heft 2/2003.

Hüttermann, J. (2010): Entzündungsfähige Konfliktkonstellationen. Eskalations- und Integrationspotentiale in Kleinstädten der Einwanderungsgesellschaft, Weinheim und München.

Imorde, J. (2010): Das Prinzip der europäischen Stadt, in: Baumgart, S., et al. (Hrsg.): Eigenart als Chance? Strategische Positionierungen von Mittelstädten, Münster.

Kolb, Annette (2007): Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne, in: PRO-REGIO-ONLINE, Nr. 4, S. 12–134.

Kreichauf, René (2012): Kleinstadt und Zuwanderung. Zur Theorie und Empirie ethnischer Segregation in kleinen Städten, Berlin.

Kröhnert, Steffen, Eva Kuhn, Margret Karsch und Reiner Klingholz (2011): Die Zukunft der Dörfer, Berlin.

Kuder, T. (2015): Wer sind wir und warum? Zur Identitätsfrage in Städten und Quartieren, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 1/2015, S. 21–24.

Mattissek, A. (2004): Ein Herz für Mainhattan. Grenzen städtischer Identität – das Beispiel Frankfurt am Main, http://gradnet.de/papers/papers2004/mattissek04long.pdf

Mattissek, A. (2007): Diskursive Konstitution von Sicherheit im öffentlichen Raum - Das Beispiel Frankfurt am Main, in: Christian Bernd, Robert Pütz (Hrsg.): Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn, S. 83–111.

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts, Darmstadt.

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2014): Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Ein Handbuch für Kommunen, Darmstadt.

Schmidt-Lauber, Brigitta (Hrsg.) (2010): Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole, Frankfurt a.M./New York.

Schrödel, Gerrit (2014): Empirische Bestandsaufnahme der deutschen Kleinstädte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Siedlungstyp im sozioökonomischen Niedergang? Dissertation, Göttingen.

Söhn, Janina, und Karen Schönwälder (2007): Siedlungsstrukturen von Migranten und Migrantinnen in Deutschland, in: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt" (Hrsg.): Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt", Darmstadt.

Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus – 2014. Fachserie 1 Reihe 2.2.

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt" (Hrsg.) (2007): Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt", Darmstadt.

Wolters-Krebs, L. (2010): Bau- und Planungskultur als Chance für Mittelstädte, in: Baumgart, S., et al. (Hrsg.): Eigenart als Chance? Strategische Positionierungen von Mittelstädten, Münster.

Zdrojewski, Simone, und Henning Schirner (2005): Segregation und Integration. Entwicklungstendenzen der Wohn- und Lebenssituation von Türken und Spätaussiedlern in der Stadt Nürnberg, in: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt" (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt, Darmstadt.

Zimmermann, Clemens (1999): Die kleinen Städte auf dem Weg in die Moderne, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte, Nr. 2, S. 5–11.

Anhang

Anhang

1. Teilnehmende Projektkommunen – Profile

Stadt Germersheim

Landkreis Germersheim, Rheinland-Pfalz

Die Kommune im Überblick

Die Stadt Germersheim ist ein Mittelzentrum mit rund **22.000 Einwohnern** und zugleich verbandsfreie Stadt und Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises in Rheinland-Pfalz.

Germersheim liegt am Rhein zwischen Speyer und Karlsruhe und besteht aus den Ortsteilen Germersheim im Norden und Sonderheim im Süden der Gemarkungsgrenzen.

Die Innenstadt von Germersheim lässt noch den mittelalterlichen Grundriss der Stadt erkennen.

Im 18. Jahrhundert wurde Germersheim zur bayrischen Großfestung mit entsprechenden Wallanlagen ausgebaut, was sich noch heute in der Stadtstruktur widerspiegelt.

Germersheim ist ein Schul- und Hochschulstandort, an dem die Außenstelle der Universität Mainz für Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaften angesiedelt ist. Aus diesem Grund wird Germersheim auch als „Stadt der Sprachen“ bezeichnet.

Mit ihrer hervorragenden Verkehrsanbindung und als aufstrebende Industrie- und Hafenstadt hat sich Germersheim in den vergangenen Jahrzehnten zu einem bedeutenden Wirtschaftsstandort am mittleren Oberrhein entwickelt.

Vielfalt: Situation und Entwicklungstrends

Die Bevölkerungsstruktur der Stadt ist nicht zuletzt durch die Universität geprägt durch einen relativ hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund.

Im Gesamtgebiet von Germersheim stieg der Ausländeranteil von 14 Prozent im Jahr 1993 auf 20 Prozent im Jahr 2012.

Die Gesamtzahl der Menschen mit Migrationshintergrund hat sich von 21 Prozent in 1993 auf 41 Prozent in 2012 erhöht.

Während heute vor allem die Universität junge Menschen aus über 80 verschiedenen Nationen zum Studium nach Germersheim zieht, gab es seit den 1960er-Jahren einen starken Zuzug von „Gastarbeiterinnen“ und „Gastarbeitern“ in die Stadt.

Seit den 1980er-Jahren erfolgte ein verstärkter Zuzug deutschstämmiger (Spät)Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Osteuropa. Diese Hauptzuzugswellen spiegeln entsprechend die heutige vielfältige Bevölkerungsstruktur: Die größten Zuwanderungsgruppen kommen aus der **Türkei** (22 Prozent), der **Russischen Föderation** (21 Prozent) und **Kasachstan** (17 Prozent).

Im Jahr 2015 fiel auch in Germersheim die Zahl der Asylsuchenden und Flüchtlinge unerwartet hoch aus. Die angestrebte dezentrale Unterbringung bedeutet für die Stadt eine Vervielfachung der benötigten Wohn- und Unterbringungskapazitäten. Mit

der Zuwanderung ist zugleich ein höherer Bevölkerungsdruck im innerstädtischen Bereich verbunden.

Die Konzentration von Zuwandernden im Bereich der Innenstadt hatte bereits in den zurückliegenden Jahren zugenommen. Einzelne Wohngebiete und Straßenzüge weisen heute einseitige Bevölkerungszusammensetzungen auf.

Insbesondere von einkommensschwächeren Personen und Familien mit Migrationshintergrund bewohnte Gebäude der Innenstadt weisen zum Teil deutlichen Sanierungsbedarf auf.

Vielfalt: Strategien, Konzepte & Strukturen

Die Stadt Germersheim hat einen **Beauftragten** für Integration, Kinder und Jugend und einen **Beirat für Migration und Integration.**

Vielfalt: Maßnahmen und Projekte

Derzeit beteiligt sich Germersheim am Bundesprogramm „**Aktive Stadtzentren**“, von dem sich die Stadt positive Auswirkungen auch im Hinblick auf kommunale Integrationsleistungen erhofft.

Mit dem Ziel einer ganzheitlichen Innenstadtentwicklung werden bereits jetzt Zukunftsworkshops mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, u.a. zu den Themen Integration und Wohnqualität, durchgeführt.

Kontakt

Beauftragter für Integration, Kinder und Jugend

Herr Serge Pütter

Telefon: (07274) 960221

E-Mail: spuetter@germersheim.eu

Stadt Goslar

Landkreis Goslar, Niedersachsen

Die Kommune im Überblick

Die große selbständige Stadt Goslar umfasst seit ihrer Fusion mit der Stadt Vienenburg am 1.1.2014 **rund 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner**. Sie liegt am nördlichen Rand des Harzes im Landkreis Goslar und stellt das größte Mittelzentrum im Harzraum dar. Die Stadt hält eine Vielzahl von Versorgungseinrichtungen vor.

Neben dem Tourismus spielen Industrie und gewerbliche Wirtschaft eine bedeutende Rolle für die Stadt. So ist Goslar ein wichtiger Standort für die Automobilzulieferindustrie.

Die Aktivitäten im Rahmen des Projektes „Vielfalt in Stadt und Land" konzentrieren sich zunächst auf zwei Stadtteile: die „Altstadt" und das zentrumsnah gelegene „Jürgenohl".

Die Altstadt ist das Zentrum der Stadt; dort befinden sich wichtige Handelsgeschäfte, Dienstleistungsgewerbe sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen. Mit rund 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gehört die Altstadt zu den größten Wohnquartieren der Stadt. Im Jahr 1992 wurde die Altstadt in die „Liste des Kultur- und Naturerbes der Menschheit" der UNESCO aufgenommen.

Die Bebauung stammt überwiegend aus dem 16. bis 17. Jahrhundert. Die Gebäude sind bis auf wenige Ausnahmen in Fachwerkbauweise errichtet. Die Bebauung weist eine sehr hohe Dichte auf. Die Straßenräume sind eng und die Freiflächenanteile im Verhältnis zu anderen Wohngebieten gering.

Teile der Altstadt weisen Funktionsverluste auf. Vermehrt fehlen Geschäfte des täglichen Bedarfs. Viele Wohnungen der in der Altstadt gelegenen Unterstadt weisen zudem technische Mängel auf. Das Mietniveau der Wohnungen ist entsprechend niedrig. Die geringe Anzahl von Grünflächen – in Verbindung mit den dicht bebauten Blockinnenbereichen – begrenzt die Kommunikations- und Integrationsmöglichkeiten im Quartier.

Der Stadtteil „Jürgenohl" wurde in den 1960er-Jahren auf den Flächen des ehemaligen Rollfeldes des Fliegerhorstes Goslar nach dem Vorbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt errichtet. Es handelt sich um ein Wohnquartier mit einem sehr geringen Gewerbeflächenanteil.

Die Gebäude wurden überwiegend 3- bis 4-geschossig in Zeilenbauweise errichtet. Grün- und Freiflächen sind ausreichend vorhanden, haben aber eine geringe Aufenthaltsqualität.

Der Marktplatz ist von einem Funktionsverlust betroffen.

Vielfalt: Situation und Entwicklungstrends

Der Anteil ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner im Stadtgebiet Goslar liegt bei **6,7 Prozent**. In der Altstadt fällt dieser Anteil mit **10,3 Prozent** deutlich höher aus, während er im Stadtteil Jürgenohl **knapp sechs Prozent** beträgt.

Die größten Zuwanderergruppen kommen aus **Polen** (knapp 20 Prozent), der **Türkei** (16,4 Prozent) sowie der **Russischen Föderation** (7,4 Prozent).

Goslar durchläuft einen Alterungs- und Schrumpfungsprozess. In Jürgenohl gibt es einerseits einen Bedarf an barrierefreiem Wohnraum für Ältere und Menschen mit Behinderung, andererseits werden Wohnungen für den Zuzug jüngerer Haushalte, auch von Haushalten mit Migrationshintergrund, benötigt.

Vielfalt: Strategien, Konzepte & Strukturen

Die Integrationsarbeit in der Stadt Goslar wird in großen Teilen von der Verwaltung der Stadt und des Landkreises, von ortsansässigen Vereinen, kirchlichen Einrichtungen und den Quartiermanagements der Wohnungsbaugesellschaften getragen. Darüber hinaus ist eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich tätig. Die Zuständigkeit für Flüchtlinge und Ausländer liegt beim Landkreis.

Projektrelevante Fragestellungen richten sich auf die gewerbliche Stärkung durch Migration und Zuwanderung, auf die Integration von Flüchtlingen sowie auf das nachbarschaftliche Zusammenleben von alteingesessenen Senioren und Zuwanderern.

Vielfalt: Maßnahmen und Projekte

Für das Gebiet „Altstadt – Östlicher Teil“ wurde ein Antrag zur Aufnahme in das Förderprogramm „**Städtebaulicher Denkmalschutz**“ ab dem Jahr 2016 gestellt.

Für den Stadtteil Jürgenohl wird ein Antrag zur Aufnahme in das Förderprogramm „**Soziale Stadt**“ vorbereitet.

Die Stadt hat öffentlich ihre Bereitschaft zur verstärkten Aufnahme von **Flüchtlingen und Asylsuchenden** signalisiert. Damit wird u.a. auf die demografischen Entwicklungen reagiert.

Kontakt

Leiter Stadtplanung

Herr Helmut Borrmann

Telefon: (05321) 704-401

E-Mail: helmut.borrmann@goslar.de

Stadt Ilmenau

Ilm-Kreis, Thüringen

Die Kommune im Überblick

Die Goethe- und Universitätsstadt Ilmenau ist mit rund 29.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Stadt im Ilm-Kreis und hat den Status eines Mittelzentrums.

Ilmenau liegt in Mittelthüringen, unmittelbar am Nordrand des Thüringer Waldes und etwa 40 km von der Landeshauptstadt Erfurt entfernt.

Die Stadt hat viele Gesichter: Sie ist moderne Universitätsstadt, Technologiestandort, Kleinstadt mit historischem Stadtkern und als Goethestadt beliebtes Ausflugs- und Tourismusziel. Größter Arbeitgeber ist die Technische Universität mit rund 6.600 Studierenden, davon ca. 13 Prozent aus dem Ausland.

Die Innenstadt steht seit Jahren im besonderen Fokus der Stadtentwicklung. So wurde der historische Stadtkern – mit einer Gesamtfläche von rund 28,5 ha und 1.380 Wohneinheiten – bereits 1993 als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Die gestiegene Attraktivität des Stadtzentrums belegt heute u.a. eine relativ stabile Einwohnerentwicklung, die sich positiv von den allgemeinen Abwanderungstendenzen in der Region abhebt, sowie ein geringer Wohnungsleerstand von 2,5 Prozent.

Gleichwohl ist gerade die Innenstadt durch nennenswerten gewerblichen Leerstand gekennzeichnet: 15 Prozent der innerstädtischen Ladengeschäfte stehen leer (2014). Überproportional hoch ist die Leerstandquote bei Geschäften mit geringer Verkaufsfläche.

Die weitere Sanierungstätigkeit soll sich nicht mehr allein auf die Beseitigung städtebaulicher Mängel, sondern auch auf den Umgang mit dem tiefgreifenden Strukturwandel richten. Der Standort soll weiter gestärkt werden, besonders mit Blick auf Dienstleistungen, Handel, Kultur und Tourismus.

Vielfalt: Situation und Entwicklungstrend

Der Ausländeranteil in der Stadt ist mit 6,4 Prozent im Jahr 2014 (4,2 Prozent im Jahr 2010) im Vergleich zu anderen ostdeutschen Klein- und Mittelstädten hoch.

Die größten Zuwanderergruppen kommen dabei aus der Russischen Föderation (12 Prozent), Kasachstan (11,3 Prozent) und Polen (8,4 Prozent).

Als Universitätsstandort hat die Stadt Potenzial für internationale Zuwanderung. 837 Studierende sind ausländischer Herkunft; darüber hinaus sind 100 Universitätsangestellte und Promovenden Ausländer.

Von den 1.819 Bewohnerinnen und Bewohnern des historischen Stadtkerns (Altstadt) sind gut fünf Prozent ausländischer Herkunft (2014).

Zudem leben gegenwärtig rund 200 Flüchtlinge und Asylsuchende in Ilmenau. Kurz- bis mittelfristig wird hier mit einem starken Anstieg gerechnet.

Vielfalt: Strategien, Konzepte & Strukturen

Ilmenau versteht sich als weltoffene Stadt und Vorreiterin in der Region für eine weitgehend gelungene Integration – mit Blick sowohl auf die Gesellschaft als auch den Arbeitsmarkt.

Der Stadtrat unterhält einen Arbeitskreis, der die Weltoffenheit der Stadt weiter befördern will.

Auf städtischer Verwaltungsebene agiert eine ehrenamtliche Ausländerbeauftragte als Anlauf- und Schnittstelle für alle Beteiligten. Die Zuständigkeit für Flüchtlinge liegt grundsätzlich beim Landkreis.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation gründete sich im Jahr 2014 in Ilmenau ein ehrenamtliches Netzwerk zur Unterstützung von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Das Netzwerk und die Stadt- bzw. Kreisverwaltung sind um eine regelmäßige Abstimmung bemüht.

Projektrelevante Fragestellungen richten sich auf die gewerbliche Stärkung durch Migration und Zuwanderung (Migrantenökonomie), die Umnutzung gewerblichen Leerstands sowie die Aktivierung von Privateigentümern.

Vielfalt: Maßnahmen und Projekte

Auf Initiative des Stadtrates wurde 2015 die Fußgänger- und Radwegebrücke zwischen dem Campus der Universität und der Innenstadt nach *Nelson Mandela* benannt. Dies soll zum Ausdruck bringen, „dass Brücken zwischen verschiedenen Kulturen gebaut werden können und sollen".

Mit Blick auf die aktuelle und zukünftige Situation der Flüchtlinge soll die bisherige Integrationsstrategie kritisch überprüft und ggf. neu ausgerichtet werden.

Die Innenstadt ist seit 2002 Programmgebiet des „Stadtumbaus Ost"; zwischen 2008 und 2013 wurde der Innenstadtbereich zudem durch das Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" unterstützt.

Kontakt

Bürgermeister

Herr Kay Tischer

Telefon: (03677) 600-125

E-Mail: bgm@ilmenau.de

Stadt Michelstadt

Odenwaldkreis, Hessen

Die Kommune im Überblick

Michelstadt ist mit rund **16.600 Einwohnerinnen und Einwohnern** die größte Stadt des Odenwaldkreises. Gelegen in Südhessen, zwischen Darmstadt und Heidelberg, bildet sie mit der benachbarten Kreisstadt Erbach das Mittelzentrum für die umliegenden ländlich geprägten Gemeinden.

Michelstadt besteht aus der Kernstadt und den sieben Stadtteilen Rehbach, Steinbach, Steinbuch, Stockheim, Vielbrunn, Weiten-Gesäß und Würzberg.

Michelstadt verfügt über eine historische Altstadt und gilt als wichtigster Bildungsstandort mit einer breit gefächerten Bildungslandschaft für den gesamten Odenwaldkreis.

Im städtebaulichen Entwicklungskonzept wurden einige Leerstände und ein teilweise schlechter Bauzustand der Altbaubestände aufgezeigt. Zudem sind Nutzungskonflikte in einzelnen Stadtgebieten erkennbar.

Vielfalt: Situation und Entwicklungstrends

Die Stadt ist zunehmend mit den Herausforderungen des demografischen Wandels und seinen Auswirkungen auf das Zusammenleben vor Ort konfrontiert. Mit **26,9 Prozent** ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund vergleichsweise hoch; er veranschaulicht die Diversität der Stadt.

Die größten Zuwanderungsgruppen kommen aus der **Türkei** (21 Prozent), aus **Kasachstan** (20,6 Prozent) sowie der **Russischen Föderation** (17,5 Prozent).

Die Vielfalt der Stadt spiegelt sich auch in der Vielfalt der Glaubensgemeinschaften wider.

Aktuell stellt auch in Michelstadt die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden die Integration und das Zusammenleben vor neue Herausforderungen. Die Stadt musste auf Bitten des Landes Hessen kurzfristig eine Notunterkunft für 1.000 Flüchtlinge einrichten, da die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes überfüllt waren. Diese Notunterkunft liegt in einem Gewerbegebiet.

Vielfalt: Strategien, Konzepte & Strukturen

Die Stadt Michelstadt hat die Stelle einer **Jugend- und Integrationsbeauftragten** eingerichtet.

Als freie Träger sind u.a. die Arbeiterwohlfahrt Odenwald und die Erbach-Michelstädter Tafel e.V. vor Ort vertreten. Das Diakonische Werk bietet Migrationsberatung für Erwachsene an. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Jugendmigrationsdienst der Jugendwerkstätte Oden-

wald e.V. und dem Caritas Zentrum Erbach e.V. in der benachbarten Stadt Erbach.

Vielfalt: Maßnahmen und Projekte

Seit Juni 2014 wird Michelstadt im Rahmen des **Landesprogramms „WIR“** vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration gefördert. Die Stadt hat sich hierbei zum Ziel gesetzt, mit der interkulturellen Öffnung der Bildungseinrichtungen und einer kontinuierlichen Elternarbeit einen innovativen Weg im Handlungsfeld „Bildung“ zu beschreiten.

Mit dem auf drei Jahre angelegten Projekt **„WIR-Michelstadt, eine zukunftsorientierte Stadt“** strebt die Stadt zudem eine strategische Planung an. Neben gezielten Maßnahmen im Handlungsfeld „Bildung“ werden als erste Bausteine Integrationsleitlinien der Stadt erarbeitet.

Michelstadt setzt im Bereich Integration vor allem auf einen professionellen Umgang mit Diversität in den Tageseinrichtungen sowie eine enge Vernetzung aller beteiligten Akteure.

Kontakt

Jugend- und Integrationsbeauftragte

Frau Tatjana Schmied

Telefon: (06061) 74159

E-Mail: schmied@michelstadt.de

Stadt Mühlacker

Enzkreis, Baden-Württemberg

Die Kommune im Überblick

Die Große Kreisstadt Mühlacker liegt in der Region Nordschwarzwald, rund 12 km nordöstlich von Pforzheim. Mit rund **25.300 Einwohnerinnen und Einwohnern** ist Mühlacker die größte Stadt des Enzkreises und übernimmt die Funktion eines Mittelzentrums für einen Einzugsbereich von etwa 60.000 Menschen.

Mühlacker ist eine vergleichsweise junge Stadt, deren Entwicklung erst um 1850 in Folge des Baus eines Grenzbahnhofs zwischen Baden und Württemberg begann. Stadtrechte erhielt Mühlacker sogar erst 1930. Daher findet sich in der Stadt kaum historische Bausubstanz – eine historische Identität fehlt. Auch die stadträumliche Situation der sich über rund einen Kilometer erstreckenden Innenstadt – gepaart mit einer meist geringen Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums – erschwert die Identitätsbildung.

Die Innenstadt von Mühlacker ist vielmehr geprägt von wenig markanter Altbausubstanz. Diese stammt meist aus der Wiederaufbauzeit der frühen 1950er-Jahre und weist die charakteristischen baulichen Schwächen dieser Bauzeit auf. Die Bereitschaft, in den Bestand zu investieren, wird als gering eingeschätzt. Trotz Einsatz erheblicher Fördermittel(angebote) – begleitend zu einer städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme zwischen 2003 und 2011 – wurden Modernisierungsoptionen von Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern bislang nur zögerlich wahrgenommen.

Die Gewerbestruktur Mühlackers ist geprägt durch Betriebe des produzierenden Gewerbes. Die Arbeitslosenquote von drei Prozent gehört zu den niedrigsten in Baden-Württemberg. Allerdings gibt es eine zunehmende Diskussion über die Perspektiven der zukünftigen gewerblichen Entwicklung Mühlackers, da keinerlei zusätzliche Gewerbeflächen mehr zur Verfügung stehen.

Vielfalt: Situation und Entwicklungstrends

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtwohnbevölkerung Mühlackers liegt aktuell bei rund **18 Prozent**, der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund fällt mit ungefähr **30 Prozent** jedoch deutlich höher aus. In der Innenstadt beträgt der Anteil der ausländischen Bewohnerinnen und Bewohner knapp **34 Prozent**.

Unter den fast 10.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mühlacker beträgt der Ausländeranteil 20,3 Prozent. Ungleich höher ist der Anteil durch die zahlreich einpendelnden Beschäftigten in den in Mühlacker ansässigen Unternehmen des produzierenden Gewerbes: Diese geben die Anteile ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund mit zwischen 50 und 70 Prozent an. Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund spielen auch eine wichtige Rolle bei zahlrei-

chen Existenzgründungen in unterschiedlichen Branchen.

Insgesamt sind 91 Nationalitäten in Mühlacker vertreten. Dabei stellt die **türkeistämmige Bevölkerung** mit über 2.500 Personen die mit Abstand größte Teilgruppe (34,0 Prozent). Weitere bedeutende Zuwanderungsgruppen kommen aus **Italien** (13,9 Prozent), **Griechenland** (12,7 Prozent) und **Rumänien** (6,8 Prozent).

Sowohl in einigen Stadtteilen als auch in Teilbereichen der Innenstadt ist eine zunehmende räumliche Segregation zwischen Menschen mit Migrationshintergrund einerseits und der deutschstämmigen Wohnbevölkerung andererseits zu beobachten. Die in einigen Räumen entstehende „Zweiteilung" birgt die Gefahr von sozialem Zündstoff. Hinzu kommt ein „Gefühl der Verunsicherung", das von einigen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der Stadtverwaltung artikuliert wird.

Aktuell leben in Mühlacker rund 357 Flüchtlinge und Asylsuchende – weitere 350 werden erwartet. Auch in diesem Zusammenhang sind zunehmend Unsicherheiten in Teilen der Bevölkerung wahrzunehmen.

Vielfalt: Strategien, Konzepte & Strukturen

Die Stadtverwaltung Mühlacker verfügt über eine eigene **Integrationsbeauftragte**. Zudem existiert in der Stadt ein zurzeit „ruhender" **Integrationsbeirat**, der mit geeigneten Strukturen zu neuem Leben erweckt werden soll. Hinzu kommen zahlreiche thematisch aktive Akteure außerhalb der Stadtverwaltung.

So versucht beispielsweise der Verein Miteinanderleben e.V. gezielt Arbeitsstellen für Migrantinnen und Migranten zu schaffen, und die Bezirksstelle der Diakonie nimmt sich verstärkt allgemeiner Fragen der Integration an.

Um das Thema „Asyl" bemühen sich bereits seit 30 Jahren zahlreiche Einwohnerinnen und Einwohner ehrenamtlich. Da das bürgerschaftliche Engagement in Mühlacker ausgeprägt ist, ließ sich in der aktuellen Flüchtlingssituation auf bereits gut etablierte ehrenamtliche Strukturen zurückgreifen.

Vielfalt: Maßnahmen und Projekte

Im Rahmen der baden-württembergischen **Gartenschau 2015**, die im Umfeld des Flussufers der Enz in Mühlacker stattfand, ist es der Stadt gelungen, innerstädtische Räume neu zu gestalten und um niederschwellige Begegnungsmöglichkeiten zu bereichern. Die neuen Orte der Begegnung werden von der Bevölkerung sehr gut angenommen und tragen dazu bei, über kulturelle Grenzen hinweg zu vermitteln („emotionaler Anknüpfungspunkt"). Die mit der Gartenschau angestoßene „positive Welle" soll nun nach Möglichkeit in der Bevölkerung aufgegriffen und weitergeführt werden.

Darüber hinaus existiert in Mühlacker eine Vielzahl kleinerer und größerer Integrationsprojekte.

Kontakt

Integrationsbeauftragte

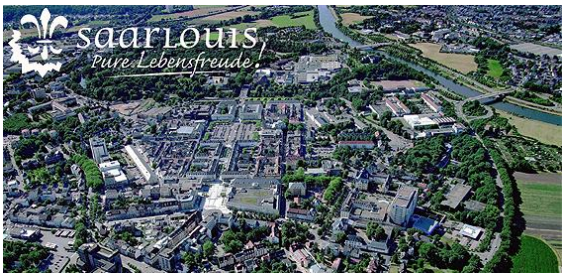
Frau Leila Walliser

Telefon: (07041) 876-378

E-Mail: lwalliser@stadt-muehlacker.de

Stadt Saarlouis

Landkreis Saarlouis, Saarland



Die Kommune im Überblick

Die Stadt Saarlouis ist mit **rund 36.000 Einwohnerinnen und Einwohnern** Kreisstadt und Verwaltungssitz des gleichnamigen Landkreises. Saarlouis ist in der saarländischen Raumordnung als Mittelzentrum festgelegt. Aufgrund der Grenzlage und der daraus erwachsenden vielfältigen Beziehungen zu Frankreich (Lothringen) und Luxemburg trägt die Stadt seit 2006 den Titel „Europastadt".

Saarlouis ist Kreisstadt und Garnisonsstadt, Dienstleistungs-, Gesundheits- und Bildungszentrum. An dem Wirtschaftsstandort sind international bekannte Unternehmen, darunter die Ford-Werke mit dem Supplier-Park, die DSD-Steel Group und Ludwig Schokolade, aber auch viele kleine und mittelgroße Unternehmen angesiedelt.

Als ehemalige Festungsstadt verfügt Saarlouis über eine Reihe denkmalgeschützter Gebäude, wie die „Kasematten", das „Ensemble Altstadt" und die „Vauban-Insel". Die Altstadt prägen zweigeschossige Handwerkerhäuser der Festungszeit, historische Festungselemente und zahlreiche mittelalterliche Stadtbürgerhäuser. Um dieses historische Erbe zu erhalten, wurden zwischen 2000 und 2010 bereits rund zehn Millionen Euro investiert.

Die Innenstadt von Saarlouis wurde 2005 in das Städtebauförderprogramm „Stadtumbau-West" aufgenommen. Im Jahr 2009 wurde ein Städtebauliches Entwicklungskonzept für die Gesamtstadt erarbeitet und im Stadtrat gebilligt. Für das Stadtumbaugebiet Innenstadt liegt seit 2010 ein teilräumliches Konzept vor, das dem Stadtumbauprozess einen Rahmen gibt.

Bisher waren in 4 von 6 Sozialräumen der Innenstadt die Anteile der Bewohnerinnen im SGB-II-Bezug höher als im städtischen Mittel. Während der letzten Jahre ist aber eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur im innerstädtischen Bereich erkennbar. So wurde die Innenstadt – aufgrund ihrer Nähe zu Gesundheitseinrichtungen – verstärkt als Wohnstandort für ältere Bürgerinnen und Bürger attraktiv, was zu der demografischen Überalterung beitrug. Diese Steigerung der Attraktivität der Innenstadt löste wiederum einen „Bauboom" bei Immobilieninvestoren aus, der mittelfristig zu einem Anstieg des Preisniveaus der Bestandswohnungen führt.

Vielfalt: Situation und Entwicklungstrends

Wie das gesamte Saarland ist die Stadt Saarlouis von einem deutlichen Schrumpfungs- und Alterungsprozess betroffen. Im Zeitraum von 2000 bis 2014 lag der Nettorückgang der lokalen Bevölkerung bei 6,4 Prozent. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit ausländischer Staatsbürgerschaft stieg im gleichen Zeitraum von 7,9 auf 10,9 Prozent.

Die Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sind innerhalb von Saarlouis sehr unterschiedlich verteilt. Ausländerinnen und Ausländer wohnen vor allem in der Innenstadt und den unmittelbar angrenzenden Stadtteilen. Der Anteil ausländischer

Personen in der Innenstadt beträgt so rund zwölf Prozent. Fast die Hälfte dieser Bevölkerungsgruppe stammt aus Drittstaaten.

Die größten Zuwanderungsgruppen kommen aus **Italien** (17 Prozent), **Polen** (16,4 Prozent), der **Russischen Föderation** (11,2 Prozent) und der **Türkei** (9,0 Prozent) nach Saarlouis.

Nicht zuletzt durch die aktuelle Flüchtlingssituation dürfte der Ausländeranteil in der Stadt im Jahr 2015 erheblich zunehmen. Auch deutet sich bereits ein Engpass an Unterbringungsmöglichkeiten an. Bisher wurden die meisten Geflüchteten in private Wohnungen vermittelt, aber die Leerstandsreserve ist mittlerweile fast aufgebraucht.

Vielfalt: Strategien, Konzepte & Strukturen

Die Stadtverwaltung Saarlouis verfügt über eine **Integrationsbeauftragte**, welche die Anliegen der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Verwaltung einbringt. Daneben existiert ein **Integrationsbeirat**. Integration wird aber auch in anderen städtischen Bereichen und Institutionen als Querschnittsthema bearbeitet. Wichtige Partner außerhalb der Stadtverwaltung sind z.B. die vhs Saarlouis, der Caritasverband Saar-Hochwald e.V., die Stabsstelle Integration des Landkreises Saarlouis.

Zur Koordination der Aufnahme Geflüchteter hat Saarlouis eine **zentrale Schnittstelle zur Flüchtlingsunterstützung** eingerichtet, die wesentlich die haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie die betroffenen Institutionen koordiniert. Die Schnittstelle ist organisatorisch bei der Sozialdezernentin angesiedelt.

Um zusätzlich die gesamtstädtische Sozialplanung zu befördern, hat Saarlouis zudem eine Stabsstelle zur Unterstützung der fachübergreifenden zentralen Steuerung etabliert.

Vielfalt: Maßnahmen und Projekte

Seit 2012 findet der Aufbau einer integrierten Sozialplanung unter wissenschaftlicher Begleitung der Forschungsgruppe Bildung, Evaluation und Sozialstudien der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) des Saarlandes statt. Ein Baustein der Arbeit ist die Analyse der vorhandenen Planungsstrukturen und der Aufbau eines Sozialmonitorings auf kleinräumiger Sozialraumebene. Das Ziel ist eine abgestimmte Vorgehensweise zwischen den einzelnen Fachabteilungen. Um dies voranzutreiben wurde die Stabsstelle Steuerungsunterstützung in der Sozialplanung eingerichtet.

Ein konkreter Ausdruck der Integrationspolitik sind u.a. regelmäßige Willkommenstreffen unter dem Motto „Wir sind einS(aarlouis)“ im Kinder-, Jugend- und Familienhaus der Stadt. Des Weiteren haben sich ca. 30 lokale Unternehmen zu einer Initiative zusammengeschlossen, die die Arbeitsmarktintegration unterstützt.

Kontakt

Bürgermeisterin

Frau Marion Jost

Telefon: (06831) 334-415

E-Mail: Annerose.Hargarter@saarlouis.de

Kreisstadt Steinfurt

Kreis Steinfurt, Nordrhein-Westfalen

Die Kommune im Überblick

Die nordrhein-westfälische Stadt Steinfurt ist mit **rund 33.500 Einwohnerinnen und Einwohnern** Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises im Regierungsbezirk Münster. Darüber hinaus ist Steinfurt als Mittelzentrum für die umliegenden Gemeinden ausgewiesen.

Das Stadtgebiet liegt rund 30 km nordwestlich von Münster und umschließt die beiden Ortsteile Burgsteinfurt und Borghorst.

Bei der Altstadt des Ortsteils Burgsteinfurt handelt es sich um ein heterogenes Altstadtquartier mit einer Größe von rund 17 ha auf mittelalterlichem Grundriss, das von 1975 bis 2011 als Sanierungsgebiet ausgewiesen war und mit Mitteln der Städtebauförderung aufgewertet wurde. Die Altstadt ist durch einen hohen Bestand an historischer Bausubstanz sowie an baukulturell und denkmalpflegerisch bedeutsamen Gebäuden geprägt. Eine Denkmalbereichssatzung und eine Gestaltungssatzung sollen ergänzend zum Erhalt des Stadtbildes beitragen. Allerdings weist der Gebäudebestand in der Altstadt immer noch sehr unterschiedliche Sanierungsstände auf.

Die Gewerbestruktur Steinfurts ist geprägt durch kleine und mittelständische Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe; klassische Industriebetriebe sind hingegen nicht vorhanden. Die Nutzungsstruktur der Innenstadt ist überwiegend gekennzeichnet durch kleinteiliges Gewerbe und Einzelhandel zur Nahversorgung. Allerdings steigt die Leerstandquote bei den Ladenlokalen seit geraumer Zeit an.

Mit zahlreichen weiterführenden Schulen und einem Campus der Fachhochschule Münster verfügt Steinfurt über eine gute Bildungsinfrastruktur. Dies spiegelt sich auch in der Bevölkerungsstruktur wider: So zeigt die Altersverteilung in der Altstadt, dass dort überdurchschnittlich viele Einwohnerinnen und Einwohner im Alter zwischen 21 und 30 Jahren leben.

Vielfalt: Situation und Entwicklungstrends

Die Bevölkerung der Stadt Steinfurt setzt sich aus insgesamt 92 Nationen zusammen.

Im Betrachtungsgebiet „Altstadt Burgsteinfurt“ liegt der Anteil von Migrantinnen und Migranten an der dortigen Wohnbevölkerung mit **zehn Prozent** über dem stadtweiten Durchschnitt von etwa **sieben Prozent**. Gerade im Zentrum stellen die Migrantinnen und Migranten daher keine Randgruppe dar, sondern sind relevanter Bestandteil der Bevölkerungsstruktur der Altstadt und prägen und gestalten diese mit.

Die größten Zuwanderergruppen kommen aus der **Türkei** (18,9 Prozent), **Kasachstan** (18,2 Prozent), der **Russischen Föderation** (11,2 Prozent) und **Polen** (10,0 Prozent).

Nahe der Altstadt bringt die Stadt Steinfurt zudem einen Teil ihrer Flüchtlinge und Asylsuchenden unter.

Vielfalt: Strategien, Konzepte & Strukturen

Verschiedene Institutionen unterstützen die Integration von Migrantinnen und Migranten vor Ort. Dabei koordiniert die **Lenkungsgruppe „Willkommenskultur“** – bestehend aus Verwaltung, Kirchengemeinden, Caritas, Diakonie, Kulturforum und weiteren Akteuren – die Betreuungsangebote und stellt den regelmäßigen gegenseitigen Austausch sicher.

Um die verschiedenen Aktivitäten zu vernetzen, wurde in Steinfurt auf kommunaler Ebene zudem die Stelle eines **ehrenamtlichen Beauftragten für die Integration** von Zuwanderinnen und Zuwanderern geschaffen. Daneben wurde für die Koordination der ehrenamtlichen Hilfe für Flüchtlinge eine Online-Plattform eingerichtet.

Zu den weiteren lokalen Akteuren und Projekten, die sich um das Thema Integration bemühen, gehören beispielsweise **Sporthand**, ein Zusammenschluss mehrerer lokaler Sportvereine, der kostenlose Sportangebote für Flüchtlinge organisiert, der **Jugendmigrationsdienst** der Evangelischen Jugendhilfe Münsterland gGmbH, der mobile Beratung und individuelle Begleitung junger Zuwanderinnen und Zuwanderer bis 27 Jahre bietet, sowie das **LWL-Jugendheim** (Ambulante Erziehungshilfen Steinfurt).

Vielfalt: Maßnahmen und Projekte

Die Altstadt Burgsteinfurts ist seit Ende Juli 2015 Betrachtungsgebiet einer **Energetischen Quartierssanierung** (im KfW-Förderprogramm 432). Im Rahmen dieses Vorhabens soll bis Ende 2015 die detaillierte bauliche, infrastrukturelle und soziale Ausgangslage der Altstadt Burgsteinfurts ermittelt werden.

In ihrer Bedeutung betont wird hierbei insbesondere die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Damit erfahren gerade auch die sozialen Aspekte im KfW-Programm besondere Aufmerksamkeit. Dies spiegelt sich unter anderem darin wider, dass fast ausschließlich regionale Projektträger mitwirken und ein markanter Schwerpunkt bei der Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung liegt. Auf diese Weise soll die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Quartier gestärkt werden.

Aufbauend auf dem Konzept zur energetischen Quartiersentwicklung ist für das Jahr 2016 geplant, ein **Integriertes Handlungskonzept** zu entwickeln. Das Konzept soll als Programm sowohl für die städtebauliche als auch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des historischen Stadtkerns herangezogen werden. Übergeordnetes Ziel ist es, die Lebens- und Wohnqualität in der Innenstadt zu verbessern. Dazu sollen nicht nur die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner erfasst, sondern auch geeignete (Bottom-up-)Ansätze zu deren Einbeziehung beim Umsetzen von Maßnahmen entwickelt werden.

Kontakt

Frau Maria Lindemann

Erste Beigeordnete

Telefon: (02552) 925-152

E-Mail: lindemann@stadt-steinfurt.de

Stadt Weißenfels

Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt

Die Kommune im Überblick

Die Stadt Weißenfels liegt im Süden von Sachsen-Anhalt an der Grenze zu Sachsen und Thüringen. Mit rund **42.000 Einwohnerinnen und Einwohnern** ist Weißenfels die bevölkerungsreichste Stadt im Burgenlandkreis. Die Stadt ist Mittelzentrum und verfügt über eine historische Altstadt.

Erhebliche Veränderungen im industriellen Bereich und der demografische Wandel kennzeichnen die jüngere Geschichte der Stadt. Mit dem Zusammenbruch der zu DDR-Zeiten bedeutsamen Industrie waren Anfang der 1990er-Jahre gravierende Arbeitsplatzverluste verbunden. Aktuell ist die wirtschaftliche Entwicklung durch eine verstärkte Ansiedlung von Betrieben der Lebensmittelindustrie geprägt.

Mit Unterstützung entsprechender Förderprogramme wurden vielfältige Anstrengungen zur städtebaulichen Weiterentwicklung unternommen, u.a. mit den „städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ (ab 1993), Urban 21, IBA Stadtumbau (2010) oder Soziale Stadt (ab 2011).

Vielfalt: Situation und Entwicklungstrends

Zwischen den Jahren 1991 und 2006 betrug der Bevölkerungsrückgang in Weißenfels **18,5 Prozent**. Mit der Ansiedlung großer Lebensmittelbetriebe geht ein verstärkter Zuzug von Zuwanderern aus Osteuropa einher. Diese Entwicklung leitete eine Stabilisierung ein und mildert den Abwanderungstrend ab.

Weißenfels ist mit einem Ausländeranteil von **7,8 Prozent** mittlerweile die Stadt mit dem drittgrößten Ausländeranteil in Sachsen-Anhalt.

Die mit Abstand größte Migrantengruppe (61 Prozent) kommt aus **Polen**. Es folgen **Ungarn** (12,1 Prozent) und **Rumänien** (4,8 Prozent). Insgesamt sind 30 verschiedene Nationen vertreten.

Die 3.300 Einwohnerinnen und Einwohner ausländischer Herkunft verteilen sich zu großen Teilen auf die beiden innerstädtischen Bereiche Neustadt (27,3 Prozent) und Innenstadt (20,2 Prozent).

Mit Stand November 2015 sind in Weißenfels zudem **600 Flüchtlinge** untergebracht.

Vielfalt: Strategien, Konzepte & Strukturen

Ein Großteil der Integrationsarbeit in Weißenfels wird seit Jahren von einzelnen Institutionen bzw. nichtstaatlichen Einrichtungen wie der Caritas, der DRK Weißenfels und INTEGRA gGmbH geleistet. Seit 2012 gibt es eine Integrationsbeauftragte in der Stadt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Gesamtbereich Gleichstellung und Integration mit 2,5 Stellen besetzt. Für die Flüchtlingsarbeit ist der Bereich seit 12/2015 als Einsatzstelle des Bundesfreiwilligendienstes anerkannt. Sechs Freiwillige werden bis 2018 unterstützend tätig sein.

Ehrenamtliche Akteure spielen eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Hilfsangeboten für Zuwanderer und bei der Betreuung von Flüchtlingen.

Zudem wurde 2014 auf Initiative des Oberbürgermeisters in Kooperation mit dem Landkreis und der evangelischen Kirche ein **Runder Tisch** mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung ins Leben gerufen.

Ausgehend vom Runden Tisch haben Stadtverwaltung sowie die evangelische und die katholische Kirche in diesem Jahr die **Bürgerinitiative „Engagiertes Weißenfels“** gegründet. Die Initiative bündelt die haupt- und ehrenamtlichen Aktivitäten im Bereich Integration.

Vielfalt: Maßnahmen und Projekte

Als eines der ersten gemeinsamen Projekte von Stadtverwaltung und Bürgerinitiative sind die Einrichtung einer **Koordinierungsstelle** und eine **interkulturelle Begegnungsstätte** geplant. Vorrangige Aufgaben der Koordinierungsstelle sind die Bündelung bestehender und die Initiierung weiterer Projekte zur Integrationsförderung vor Ort, die eine breite Wirkung in die Stadt entfalten sollen.

Mit dem Stadtgebiet Weißenfels Mitte ist Weißenfels seit 2011 am **Bund-Länder-Förderprogramm „Soziale Stadt“** beteiligt.

Im Oktober 2015 startete das **BIWAQ-Projekt „Lebensmittelpunkt Weißenfels LEB-MIT-WSF“**. Das mit Fördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützte Projekt hat eine Laufzeit bis Dezember 2018.

Kontakt

Bereich Gleichstellung und Integration der Stadt Weißenfels

Frau Katja Henze

Telefon: (03443) 370 466

E-Mail: gleichstellung@weissenfels.de

Stadt Zittau

Landkreis Görlitz, Sachsen

Die Kommune im Überblick

Die Große Kreisstadt Zittau liegt im Landkreis Görlitz im äußersten Südosten des Freistaates Sachsen und hat **26.759 Einwohnerinnen und Einwohner** (Stand 2015)**.** Das Gemeindegebiet besteht aus der Kernstadt und acht zwischen 1970 und 2007 eingemeindeten Ortsteilen.

Die im Dreiländereck Deutschland – Polen – Tschechien gelegene Stadt ist im Süden das Tor zum Zittauer Gebirge und ist Teil der 2004 gegründeten Euroregion Neisse-Nisa-Nysa. Als Mittelzentrum stellt Zittau – neben Görlitz – das zweite Verwaltungs-, Bildungs-, Kultur-, Sport-, Gesundheits- und Einkaufszentrum der Region dar.

Besondere Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Zittau haben die Hochschule Zittau/Görlitz und das zur TU Dresden gehörende Internationale Hochschulinstitut (IHI) mit zusammen 3.600 Studierenden sowie 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Seit 2011 trägt auch das Fraunhofer-Institut für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik IWU mit seinem Projektstandort in Zittau zu einer Stärkung der regionalen Innovationskompetenz bei.

Bedingt durch ihre günstige Lage im Dreiländereck wandelt sich die Region Zittau zunehmend zu einem breit gefächerten Wirtschaftsstandort mit kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Ein Alleinstellungsmerkmal ist der historische Stadtkern. Er steht seit 1991 unter Denkmalschutz und weist 524 Einzeldenkmale auf. An den baulichen Zeugnissen aus Renaissance, Barock, Historismus und Jugendstil lassen sich die frühere Bedeutung und die wirtschaftliche Stärke der Stadt ablesen.

Die Bausubstanz des historischen Stadtkerns war 1989 in einem im ostdeutschen Vergleich überdurchschnittlich schlechten Erhaltungszustand. Bereits 1991 begannen die vorbereitenden Untersuchungen für das Gebiet. 1993 folgte die förmliche Festlegung zum Sanierungsgebiet. Im Jahr 2000 wurde das Aufgabenspektrum der Stadtsanierung erweitert und die südliche Innenstadt in das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen. 2003 erfolgte auf Basis des 2001 erarbeiteten und im Stadtrat beschlossenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes die Aufnahme in das Förderprogramm „Stadtumbau Ost“.

Vielfalt: Situation und Entwicklungstrends

Trotz des erklärten Ziels der Stärkung der Innenstadt wurden auch dort viele leerstehende Gebäude abgerissen. Seit der politischen Wende 1989 hat die einstige 41.000-

Einwohner-Stadt Zittau einen Bevölkerungsverlust von 34 Prozent zu verzeichnen (gegenüber einem Bevölkerungsrückgang von 15,2 Prozent in Gesamt-Sachsen). Ursachen liegen in der hohen Abwanderung aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels. Die niedrigen Geburtenraten führen u.a. zu einer steigenden Überalterung der Stadt.

Trotz der ortsansässigen Hochschulen und der Kooperation mit verschiedenen Städten und Institutionen in Polen und Tschechien, zum Beispiel im Rahmen der Neisse University, fand bisher kaum eine nennenswerte internationale Zuwanderung statt. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung Zittaus liegt bei etwa **drei Prozent**.

Mit einer Gesamtzahl von 390 Personen und einem Anteil von **33 Prozent** kommen die meisten internationalen Migrantinnen und Migranten in Zittau aus dem Nachbarland **Polen**. Eine neue Situation entsteht momentan im Zuge der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Vielfalt: Strategien, Konzepte & Strukturen

Integrationspolitische Strategien, Konzepte oder Strukturen sind in der Stadt Zittau bislang nicht vorhanden – sie waren auch angesichts der niedrigen Anteile an Zugewanderten nicht erforderlich.

Mit der gestiegenen Aufnahme von Flüchtlingen ist es jedoch ein Anliegen der Stadt, sich verstärkt mit den daraus resultierenden Auswirkungen auseinanderzusetzen. Insbesondere mit Blick auf die Themen „Stadtentwicklung“ und „soziale Infrastruktur“ hat sich die Stadt zum Ziel gesetzt, konkrete Umsetzungsstrategien zu erarbeiten.

Vielfalt: Maßnahmen und Projekte

Die Hauptaufgabe der Stadt in Sachen Integration bestand bisher darin, Zittau für polnische und tschechische Migrantinnen und Migranten als Wohn- und Lebensstandort attraktiv zu gestalten.

Kontakt

Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft mbH

Frau Birgit Kaiser

Telefon: (03583) 778 811

E-Mail: b.kaiser@stadtsanierung-zittau.de

Anhang

2. Projektbeirat: Mitglieder

Forschungs-Praxis-Projekt
Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Projektbeirat

Mitglieder

Michael Mwa Allimadi, Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

Silke Andresen, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit,

Dr. Doris Dickel, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Susanne Huth, INBAS-Sozialforschung GmbH (Geschäftsführerin), Sprecherin der Arbeitsgruppe Migration/Integration des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Prof. Karl-Dieter Keim, ehemals Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung

Kenan Kücük, Multikulturelles Forum Lünen

Miriam Marnich, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Prof. Henning Nuissl, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Klaus Ritgen, Deutscher Landkreistag

Wiebke Schindel, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Dr. Hanna Sommer, Deutscher Städtetag (bis April 2016)

Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.

Gefördert durch:
Bundesministerium des Innern
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
Europäische Union
Europa fördert
Asyl-, Migrations-, Integrationsfonds
WIR HESSEN
Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Anhang

3. Zeitplan – Meilensteine

Zeitplan – Meilensteine

Juli 2015	Projektstart
Aug./Sept. 2015	Literaturrecherche / Experteninterviews
Sept./Okt. 2015	Interessenbekundungsverfahren Kommunen
Nov. 2015	Konstituierung Projektbeirat
Nov. 2015	Auftaktveranstaltung mit ausgewählten Kommunen und Projektbeirat
Dez. 2015	Dokumentation Auftaktveranstaltung
Jan. 2016	Beginn Forschungsarbeiten in den Kommunen
März 2016	Erster Zwischenbericht
Mai 2016 fortlaufend	Beginn Initiierung und Begleitung von Aktivitäten in den Kommunen
April 2016	Zweite Projektbeiratssitzung mit externen Expertinnen und Experten
Juni 2016	Erstes Netzwerktreffen mit Kommunen zum Erfahrungsaustausch
Sept. 2016	Zweiter Zwischenbericht
Dez. 2016	Zweites Netzwerktreffen der Kommunen zum Erfahrungsaustausch
Mai 2017	Workshop: Integrations- und Entwicklungspotenziale der Stadtzentren
Sept. 2017	Erarbeitung von Empfehlungen
Nov. 2017	Drittes Netzwerktreffen der Kommunen zum Erfahrungsaustausch
Jan./Feb. 2018	Abschlussbericht
April 2018	Erstellung Publikation
Mai 2018	Abschlusskonferenz